

P R O T O K O L L

über die 19. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 5. November 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten.

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:  
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:  
Leopold Wippersberger  
Karl Holub

STADTRÄTE:  
Ingrid Ehrenhuber  
Rudolf Pimsl  
Erich Sablik  
Ing. Othmar Schloßgangl  
Rudolf Steinmaßl

GEMEINDERÄTE:  
Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Roman Eichhübl  
Franz Enöckl  
Walter Hahn  
Mag. Gerhard Klausberger  
Herbert Lang  
Johann Manetsgruber  
Günther Mayrhofer  
Rudolf Pickl  
Erna Probst  
Franz Ramoser  
Gertrude Schreiberhuber  
Wilhelm Spöck  
Franz Steinparzer

Franz Straßer  
Hubert Sturmberger  
Leopold Tatzreiter  
Otto Tremel  
Anton Vorhauer  
Alfred Wallner  
Christine Wieser

VOM AMT:  
Magistratsdirektor OSR.  
Dr. Franz Knapp  
Magistratsdirektor-Stellvertreter  
OSR. Mag. Johann Rabl  
Kontrollamtsdirektor SR. Dr.  
Peter Gottlieb-Zimmermann  
Techn.Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein  
OAR Helmut Riedler  
OAR Walter Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:  
Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard  
Alphasamer

Gerda Gugenberger

## T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei)

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### Beschlüsse des StS (gem. § 51 Abs. 3 StS)

- |              |   |
|--------------|---|
| Ge-4884/87   | Marina Mühlbachl, Steyr; Kleingewerbeförderungsansuchen.  |
| Ha-5699/87   | Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände OÖ; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.         |
| Ha-5361/87   | ASKÖ-Basketball-Spielgemeinschaft Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.          |
| En-5182/87   | Erneuerung des vierarmigen Lichtpunktes im Kreisverkehr.  |
| Bau3-522/86  | Ausbau des Dachsbergweges; Auszahlung der Grundablösen.   |
| Bau3-3570/87 | Wanderweg Hausleiten; Grundablösen.   |
| GHJ2-4820/87 | Dambergwarte - Sanierung der Fundamente.  |
| Bau5-2180/86 | Ankauf von Einrichtungsgegenständen für das Kontrollamt und die Statistik - Umbau Rathaus.      |
| Bau3-3155/82 | Herstellung einer Radfahrkarte für die Stadt Steyr.   |
| Bau5-3360/86 | Sportanlage Rennbahn; Naturrasenspielfelder - Pflegemaßnahmen.                                  |
| K-22/87      | Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987; Fassadenrenovierungen und Denkmalerhaltung; Zwischenbericht. |
| Bau3-2393/87 | Winklinger Straße; Durchführung vermessungstechnischer Arbeiten.                                |
| K-7095/80    | "Verein Museum Arbeitswelt"; Jahresmitgliedsbeitrag 1987.                                       |
| VH-5420/87   | Ankauf von zwei Overheadprojektoren für Sprachkursräume der VHS Steyr.                          |
| Ha-5133/87   | Pro mente infirmis; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.                               |
| Ges-5901/87  | Jugoslawisches Gastarbeiterzentrum Steyr; Anteilskosten für 1987.                               |
| Wi-5417/86   | Vereinsdruckerei Steyr; Steyrer Kalender-Verlag; Insertion im "Steyrer Kalender 1988".          |
| Bau6-6488/76 | Kanalisation Steyr-Münichholz; Pumpwerk Forelle; Ausschreibung.                                 |

## V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

### BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) K-4567/87 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Akad. Maler Otto Götzinger.
- 2) Sport-1540/87 Sportehrenzeichen der Stadt Steyr; Verleihung an Sportler und Funktionäre.

### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Ha-5622/87 Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Personalkostenzuschuß 1987.
- 4) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Kostenanteil 1987 - Akontozahlung.

### BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 5) Bau3-5055/83 Ausbau der Reindlgutstraße; Endabrechnung.
- 6) Bau3-1240/81 Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; 2. und 3. Bauabschnitt - Teilrechnung und Mehrwertsteuerabschlagsrechnung; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 und 2. 7. 1987.

### BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 7) Bau2-7830/86 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 40 - Meierhofweg.
- 8) Bau2-2734/86 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 37 - Rohrweck - Küllinger.
- 9) Bau6-1056/87 Kanalisation Steyrdorf; Errichtung Nebenkanal Seifentruhe - Wolfernstraße S 19 - S 9.
- 10) Bau6-637/87 Kanalisation Schlüsselhofsiedlung - Nebenkanäle M und N Rösselfeldstraße; Mittelfreigabe.
- 11) Ge-5770/77 Marktтарифordnung der Stadt Steyr; Neufassung.

### BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 12) Sport-7106/79 Neuregelung der Tarifansätze 10 und 11) der Tarifordnung für die städt. Kunsteisbahn.
- 13) ÖAG-6216/76 Stadtwerke Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1988.

- 14) ÖAG-963/87  
Stadtwerke      Städt. Gaswerk - Rohrverlegungen 1987; Ankauf  
der Sphärogußrohre und Formstücke.
- 15) ÖAG-6056/87  
Stadtwerke      Städt. Gaswerk - Umstellung der Erdgasabgabe-  
verrechnung von kWh auf m<sup>3</sup>.
- 16) ÖAG-5605/87  
Stadtwerke      Städt. Verkehrsbetrieb, Betriebsgarage - Ein-  
bau zweier zusätzlicher Ausfahrtstore an der  
südseitigen Giebelwand sowie Austausch des To-  
res Waschbox.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 17) GHJ2-5790/87      Ehemaliges Volkshochschulgebäude Promenade 9;  
Adaptierung für Amtszwecke.
- 18) ÖAG-4696/87      Ankauf des Objektes Sierninger Straße 120 von  
Frau Anna Digles.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung des Gemeinderates begrüßen und darf die Sitzung eröffnen. Feststellen möchte ich, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Herren Gemeinderäte Eichhübl und Steinparzer um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Ich danke für Ihre Zustimmung. Entschuldigt haben sich die Herren Gemeinderäte Hochrath, Rohrauer, Schlager, Wieser und Zagler und Herr Stadtrat Zöchling.

Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Hier darf ich mitteilen, daß eine rechtzeitig eingebrachte Anfrage der GAL, von Gemeinderat Ramoser, betreffend die Sondermüllbeseitigung, vorliegt.

Ich möchte dazu mitteilen, daß ich beabsichtige, die Beantwortung dieser Anfrage gemäß § 9 unserer Geschäftsordnung und § 11 des Stadtstatutes in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich Ihnen bekanntgeben, daß die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage nach dem jüngsten, mündlich durchgegebenen Bericht der Arbeitsmarktverwaltung sich im Oktober nicht wesentlich geändert hat. Gegenwärtig sind 2.169 Personen beim Arbeitsamt Steyr arbeitslos gemeldet. Es handelt sich um 1.190 Männer und 979 Frauen. Die Kündigungen in der Steyr-Daimler-Puch AG werden voraussichtlich erst später ihre negativen Auswirkungen in der Arbeitslosenstatistik finden. In der übrigen Metallwirtschaft, in Klein- und Mittelbetrieben des Amtsbezirkes, war eine zufriedenstellende Auslastung zu verzeichnen. Die lang andauernde gute Witterung bedingt ein Hinausschieben der Saisonarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft. Bisher war es nicht erforderlich, die Bausaison frühzeitig zu beenden. Über das Ausmaß der zu erwartenden Saisonarbeitslosigkeit von Seiten der Dienstgeber war jetzt noch keine Auskunft zu erhalten. Es dürfte aber doch etwas unter den Vorjahrswerten liegen. Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist nach wie vor angespannt, das hängt vor allem damit zusammen, daß sowohl bei den Mädchen als auch bei den Burschen nur einige wenige Berufe angestrebt werden. So sind Lehrplätze bei den Kraftfahrzeugmechanikern und Elektrikern bei den männlichen Bewerbern, Verkäuferinnen und Friseurinnen sowie Bürokaufmann bei den Mädchen als ausgesprochene Mangelware anzusehen.

Meine Damen und Herren, der Gemeinderat hat in Anbetracht der bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den Steyr-Werken am 24. September 1987 diese Thematik eingehend erörtert und eine Resolution einstimmig beschlossen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß es anlässlich des Aufenthaltes beim Parteitag der SPÖ möglich gewesen ist, mit Herrn Bundeskanzler Dr. Vranitzky aufgrund der erwähnten Resolution ein ausführliches Gespräch zu führen, an dem auch die Belegschaftsvertreter der Steyr-Werke, der Abgeordnete zum Nationalrat Leithenmayr und Stadtrat Pimsl teilgenommen haben. Der Bundeskanzler hat sich für die Anliegen Steyrs Zeit genommen und es war in einer mehr als einstündigen Aussprache möglich, die kritische wirtschaftliche Situation unserer Stadt und Umlandregion eindringlich vorzubringen. Dr. Vranitzky zeigte dabei großes Verständnis für die aufgezeigten Probleme und sicherte grundsätzlich die Hilfe des Bundes im Rahmen seiner Kompetenzen zu. Der Bund wird von sich aus der Stadt in der nächsten Zeit Wege aufzeigen, die geeignet sind, Verbesserungen herbeizuführen. Der Stadt geht es ja bekanntlich darum, für in Wegfall gekommene Arbeitsplätze Ersatzarbeitsmöglichkeiten in Form von Betriebsansied-

lungen zu schaffen. So weit diese Mitteilung über die Verhandlungen beim Bundeskanzler.

Meine Damen und Herren, aufgrund verschiedener Veröffentlichungen in der Grünen Bürgerzeitung sehe ich mich veranlaßt, die GAL aufzufordern, in Hinkunft unrichtige und tatsachenwidrige Berichterstattungen zu unterlassen. In der letzten Zeit ist aufgrund von landes- und bundespolitischen Ereignissen oft vom Verfall der politischen Kultur die Rede. Ich bin der Meinung, daß es unbedingt erforderlich ist, politische Kultur auch auf Gemeindeebene zu bewahren. Das geschieht aber nicht, wenn eine politische Gruppierung, eine politische Partei, Leserbriefe veröffentlicht, wo von vornherein anzunehmen ist, daß in einem Leserbrief ein Großteil subjektiver Meinung und eine hohe Emotionalität enthalten ist. Es ist ausgesprochen unfair, wenn eine politische Gruppierung dann, wenn ihr das Thema eines Leserbriefes propagandistisch besonders geeignet erscheint für ihre Zwecke, diesen in ihre Parteiaussendungen aufnimmt. Überprüfungen haben ergeben, daß die Angaben in diesem Leserbrief nicht stimmen. Dieser Leserbrief wurde in der Nr. 5 der Grünen Bürgerzeitung vom Oktober 1987 veröffentlicht. Außerdem ist in dieser Aussendung betreffend der HTV-Anlage eine Darstellung gewählt, wonach ich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister bereit gewesen wäre, einem Probetrieb dieser Anlage das Wort zu reden. Richtig ist aber vielmehr, daß ich selbstverständlich von vornherein für die strikte Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Bestimmungen eingetreten bin und auch weiterhin eintreten und das Interesse der Steyrer Bevölkerung wahrnehmen werde.

Meine Damen und Herren, nun zu einem anderen Thema, zur Eisenstraße.

In der Steiermark wurde ein Verein "Steirische Eisenstraße" gegründet, der seinen Sitz in Eisenerz hat. Die Tätigkeit erstreckt sich auf die Kleinregionen Leoben, Vordernberg, Eisenerz und St. Gallen. Aus Gesprächen mit den Gemeindeferenten der Steiermark und Oö, den Landeshauptmann-Stellvertretern der Steiermark Groß, und Oberösterreich Dr. Grünner, ist mir bekannt, daß grundsätzlich die Absicht besteht, die "Eisenstraße" als kulturelle Einrichtung zur Rettung und Erhaltung montanhistorischer Denkmäler entlang ihres Verlaufes auch über die Landesgrenzen hinaus nach Oberösterreich zu verlängern. Es geht natürlich nicht nur um Denkmäler dieser Art, sondern auch um andere Einrichtungen, die bekannt sind, und ich sie daher nicht gesondert anführen muß.

Die "Eisenstraße" in historischer Zeit war die Straßenverbindung zwischen Leoben und Enns mit dem wichtigen Rohstoffspender dem Erzberg als Zentrum. In der Zwischenzeit sind zwei größere Publikationen über den Straßenzug erschienen. Die Aktivierung dieser Kulturstraße würde neben der Rettung kunst- und montanhistorischer Denkmäler auch große Bedeutung im Fremdenverkehr haben. Der neue Fremdenverkehrsdirektor, der im Frühjahr bei uns seine Tätigkeit aufnehmen wird, hat dieses Problem in sein Programm bereits aufgenommen. Die Verwirklichung der "Eisenstraße" auch auf oberösterreichischem Gebiet würde schlechthin zu einer Aktivierung der gesamten regionalen Kulturarbeit führen. Es wurde die Herausgabe von Informationsschriften, die Vergabe und Publikation von Forschungsarbeiten, die sich mit der genannten Region beschäftigen, angeregt. Es käme zur Durchführung von zusätzlichen Veranstaltungen, Vorträgen, Exkursionen usw.

Ich glaube daher, von vornherein die Zustimmung der Mitglieder des Gemeinderates zu haben, daß die Stadt alle Bestrebungen fördert, die zur Verlängerung der "Eisenstraße", auch auf oberösterreichischem Gebiet, führen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auf die bisherigen Kontaktnahmen der Kulturverwaltungen der Städte Eisenerz und Steyr durch gegenseitig erfolgte Besuche, nicht nur von Mandataren, sondern auch von Bürgern beider Städte, vor allem am 27. Mai die "Steyrer Tage" in Eisenerz. Im Dezember 1987 wird Eisenerz mit einer interessanten Krippenausstellung im Steyrer Bummerlhaus vertreten sein. Um Pläne und Veranlassungen im Sinne der Weiterführung der "Eisenstraße" auf oberösterreichischem Gebiet zu fassen und zu koordinieren, wird es wahrscheinlich

zweckmäßig sein, die Gründung eines eigenen Vereines in Oberösterreich mit ähnlicher Zielsetzung wie in der Steiermark in Aussicht zu nehmen. In diesem Verein müßte die Eisenstadt Steyr als einer der Hauptorte Sitz und Stimme haben. Natürlich müßten selbstverständlich alle Gemeinden, die an dieser Eisenstraße liegen, in dieser Organisation mit verankert sein.

Zusammenfassend möchte ich zur Kenntnis bringen, daß vom Land Oberösterreich ausgehend diesbezügliche Bestrebungen zur Verlängerung der "Eisenstraße" seitens der Stadt Steyr von vornherein unterstützt werden.

Ich werde in diesem Sinne den Gemeindereferenten des Landes Oberösterreich, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner, verständigen und ihn um Unterstützung ersuchen und selbstverständlich auch die Kulturverwaltung des Landes.

Ich bitte Sie, diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen.

Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und hier bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um den Vortrag seiner Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im ersten Antrag darf ich Sie bitten um Ihre Zustimmung zur Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Akad. Maler Otto Götzing. Es ist beabsichtigt, Herrn Akad. Maler Otto Götzing, Steyr, Wegererstraße 21, in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein erfolgreiches und beispielgebendes Wirken als Restaurator und Maler in der Stadt Steyr aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zahl K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr auszuzeichnen.

Ich glaube, ich kann mit die Verlesung des Amtsberichtes ersparen. Ich möchte den entsprechenden Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen:

1) K-4567/87

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr  
an Herrn Akademischen Maler Otto Götzing.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, im Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/87, GR-Beschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Akademischen Maler Otto Götzing in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein beispielgebendes Wirken als Restaurator zur Erhaltung des historischen Stadtbildes, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten: "Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein beispielgebendes Wirken als Restaurator zur Erhaltung des historischen Stadtbildes. "

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im zweiten Antrag darf ich Sie bitten, so wie alle Jahre der Verleihung unserer Sportehrenzeichen an verdiente Sportler und Funktionäre die Zustimmung zu geben. Wir haben uns dafür im Jahre 1975 laut GR-Beschluß Bestimmungen gegeben und alle im Antrag angeführten Persönlichkeiten erfüllen die in diesen Bestimmungen geforderten Voraussetzungen.

Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen:

2) Sport-1540/87

Sportehrenzeichen der Stadt Steyr;

Verleihung an Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

In Gold gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften vertreten haben).

Kranzl Andreas, Jahrgang 1967, Mitglied von Forelle Steyr; hat an der Weltmeisterschaft 1987 in Frankreich im Wildwasserpaddeln teilgenommen. Er ist überdies 4facher Staatsmeister, 6facher öö. Landesmeister und 3facher Stadtmeister in der Slalom- und Regatta-Mannschaft.

Pullirsch Christa, Jahrgang 1963, Mitglied von Forelle Steyr; hat an der Weltmeisterschaft 1987 in Frankreich im Wildwasserpaddeln teilgenommen. Sie wurde überdies 1987 Staatsmeisterin in der Regatta und ist 7fache öö. Landesmeisterin.

Pullirsch Veronika, Jahrgang 1967, Mitglied von Forelle Steyr; hat an der Weltmeisterschaft 1987 in Frankreich im Wildwasserpaddeln teilgenommen und ist überdies 4fache öö. Landesmeisterin.

In Gold fwnäß III/1 b der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie fünfmal eine öö. Meisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Steinwendtner Werner, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr; 5facher Staatsmeister in Slalom und Regatta Mannschaft, überdies 8facher öö. Landesmeister und 5facher Stadtmeister.

In Silber gemäß III/2 b der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie mindestens fünfmal eine Landesmeisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Hatschenberger Robert, Jahrgang 1965, Mitglied des ASKÖ Schwimmklubs; 25facher öö. Landesmeister.

Schipek Barbara, Jahrgang 1971, Mitglied des ASKÖ Schwimmklubs; 5fache öö. Landesmeisterin.

Wallner Ute, Jahrgang 1973, Mitglied des ASKÖ Schwimmklubs; 6fache öö. Landesmeisterin.

In Bronze gemäß III/3 b der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie mindestens dreimal eine Landesmeisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Keiler Francis, Jahrgang 1971, Mitglied des ASKÖ Schwimmklubs; 3fache öö. Landesmeisterin.

Kühböck Elke, Jahrgang 1971, Mitglied des ASKÖ Schwimmklubs; 3fache öö. Landesmeisterin.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

In Gold gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes (Erziehung, Unterricht etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Havlis Walter, Jahrgang 1936, Obmann-Stellvertreter des KSG-GFM Steyr; 25jährige Tätigkeit.

Holub Bruno, Dr. Jahrgang 1911, Beirat des OÖAMTC Steyr; 29jährige Tätigkeit.

Hörwertner Günther, Jahrgang 1920, Obmann des Angelsportvereines; 32jährige Tätigkeit.

Koschell Johanna, Jahrgang 1920, Schriftführerin des OÖAMTC Steyr; 29jährige Tätigkeit.

Legat Walter, KR, Jahrgang 1911, Beirat des OÖAMTC Steyr; 35jährige Tätigkeit.

Schiller Johann, Jahrgang 1925, Obmann der KSG-GFM Steyr; 25jährige Tätigkeit.

Spousta Alfred, Jahrgang 1937, Schriftführer der Sektiron Stockschießen des ASV Bewegung; 29jährige Tätigkeit.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen zu diesem Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig beschlossen.

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Berichte und bitte ihn gleichzeitig, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Mein erster Antrag beschäftigt sich mit dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt. Es geht um einen Personalkostenzuschuß. Einer langjährigen Gepflogenheit entsprechend, soll der Bezirksstelle des Roten Kreuzes Steyr-Stadt ein Personalkostenzuschuß in der Höhe von S 60.000,- pro Jahr für jeden in Steyr-Stadt wohnhaften Bediensteten gewährt werden. Nachdem sich die Zahl der in Steyr-Stadt lebenden Bediensteten beim Roten Kreuz von 4 auf 5 Personen erhöht hat, soll dem Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt anstelle von bisher S 240.000,- pro Jahr nunmehr S 300.000,- für das Jahr 1987 gewährt werden. Darf ich vielleicht noch ergänzend hinzufügen, hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise bezüglich Personalkostenzuschuß für die kommenden Jahre erlaube ich mir festzustellen, daß eine weitere Anhebung des Personalkostenzuschusses auf freiwilliger Basis in den kommenden Jahren in Anbetracht unserer Finanzlage auch dann nicht möglich sein wird, wenn sich die Zahl der Steyrer Bediensteten beim Roten Kreuz abermals erhöhen sollte. Diese S 300.000,-sollen eine Obergrenze sein für das Rote Kreuz als freiwillige Leistung. Sollte sich der Personalstand wieder reduzieren, anstatt 5 nur mehr 4 oder 3, dann werden wir uns auch in den kommenden Jahren, wenn das der Fall sein sollte, wieder damit zu befassen haben, daß eine Reduzierung dieser Summe eintritt. Der Antrag für das Jahr 1987 lautet:

3) Ha-5622/87

Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;  
Personalkostenzuschuß 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Oktober 1987 wird der Bezirksstelle Steyr-Stadt des österr. Roten Kreuzes für das Jahr 1987 ein freiwilliger Personalkostenzuschuß in Höhe von  
S 300.000,-- (Schilling dreihunderttausend)

gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 159.600,-- (einhundertneunundfünfzigtausendsechshundert)

bei der VSt 1/5300/757000.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 140.400,- (einhundertvierzigtausendvierhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu das Wort gewünscht? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, auch zu diesem Antrag ist doch zu sagen, daß die Hilfestellung seitens des Roten Kreuzes sehr umfangreich ist und unsere Stadt eigentlich, mit Ausnahme einer weiteren Förderung, für den Personalkostenzuschuß S 300.000,- ausgibt. Ich glaube, sagen zu müssen, daß vorwiegend das ganze Rettungswesen des Roten Kreuzes auf freiwilliger, ehrenamtlicher Basis erfolgt und möchte besonders unterstreichen, daß die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter vom Roten Kreuz bis zu 400 Arbeitsstunden ehrenamtlich und freiwillig für die Allgemeinheit leisten. Es müßte daher für uns eine Selbstverständlichkeit sein, daß wir auch weiterhin diese Bestrebungen unterstützen. Im Gegenteil, ich frage Sie, wieviele Stunden haben die Gemeinderäte bis jetzt verwendet und genützt, um eine sehr wesentliche Frage in unserer Stadt durchzusetzen, nämlich in der Richtung, daß endlich einmal ein Notarztwagen mit den notwendigen Ärzten eingesetzt wird in der Stadt Steyr? Hier, glaube ich, müßten wirklich mehr ehrenamtliche Stunden und Leistungen von den Mandatären erbracht werden.

Ich möchte von dieser Stelle aus - mich wundert, daß keiner von der Mehrheitsfraktion das tut - besonders die ehrenamtliche Leistung dieser vielen Rot-Kreuz-Helfer würdigen, die oft nach schwerer Arbeitsleistung die ganze Nacht hindurch sich freiwillig zur Verfügung stellen und als Fahrer tätig sind und die Kranken-transporte durchführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Kollege Holub ist der Nächste.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, daß ich mir erlauben kann, geschätztes Präsidium und liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, als Gesundheitsreferent der Stadt diesen von Dir geforderten Dank an die hauptamtlichen und an die freiwilligen Mitarbeiter des Roten Kreuzes von hier aus zu äußern, wenngleich das auch bei jeder Gelegenheit geschieht, ohne daß uns Du daran erinnerst, und zwar von allen möglichen Seiten. Auch eine Möglichkeit, die Tätigkeit des Roten Kreuzes zu würdigen, ist die Mittätigkeit beim Roten Kreuz und die Mitarbeit, wenn es gilt, Projekte zu verfolgen. Ich kann, ohne vorweg schon allzu viel Milch auszuschütten, folgende Berichterstattung abgeben. So ist es nicht, daß die Gemeindevertretung keine Zeit aufgewendet hätte, um das Projekt Notarztwagen ins Leben zu rufen, am Leben zu halten. Seit Herbst 1985 sind Kollege Stadtrat Zöchling, der heute nicht da ist, aber ich bitte mir dennoch Glauben zu schenken, ziemlich viel unterwegs, gemeinsam mit dem Amtsarzt Dr. Nones und mit verschiedenen anderen Persönlich-

keiten aus der Gesundheitsversorgung und den Funktionären des Roten Kreuzes, um das Projekt Notarztwagen weiter zu treiben.

Es hat sich ursprünglich die Problemstellung ergeben, daß der Notarztwagen mit Ärzten versorgt werden müßte, sonst wäre es ja kein Notarztwagen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Seit 10 Jahren ist das eine Forderung von uns.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Laß mich bitte reden!

Und da war die Schwierigkeit der finanziellen Bedeckung. Es ist jetzt gelungen, das möchte ich im Detail noch nicht erklären, wie es geht. Es ist jedenfalls gelungen, eine Konstruktion zu finden, die die ärztliche Vorkehrung treffen kann und es geht jetzt in weiteren Gesprächen, und zwar in sehr vielen Gesprächen, die laufend stattfinden, darum, die Vorkehrung für das erforderliche Sanitätspersonal zu treffen, wobei die Frage zu stellen ist, ob alles mit freiwilligen Helfern bewerkstelligt werden kann. Ich möchte nicht Milch ausschütten, so lange sie noch in der Kuh ist und möchte daher jetzt auch nicht über Details reden. Wir werden, wenn wir zu einem konkreten Ergebnis gekommen sind, - dazu brauchen wir auch die Hilfe der Oö. Landesregierung, des zuständigen Gesundheitsreferenten, Landesrat Habringer, und auch die Landesanstalten-Direktion - und zwar Stadtrat Zöchling und meine Wenigkeit, gemeinsam dem hohen Gemeinderat und der Öffentlichkeit Bericht erstattung legen.

So weit nur zur Klarstellung, daß es nicht so ist, daß wir nichts täten und daß es gar nicht so übel aussieht, als würde dieses Projekt auch zu einer für alle Bürger befriedigenden Lösung kommen. Ich weiß schon, daß man sagen wird, das dauert aber jetzt schon sehr lange, aber wenn alles so läuft, wie es jetzt in den Vorverhandlungen aussieht, wird es auch eine Lösung sein, die sehr gut ist und sehr vorbildlich sein wird für das Gesundheitswesen nicht nur in der Stadt Steyr, sondern auch für ganz Österreich. Denn das Modell, das jetzt im Raum schwebt, wird ziemlich einmalig sein. Es ist immer noch besser, die beste Lösung zu suchen, als irgend eine aus dem Ärmel zu beuteln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Holub hat mir schon einiges vorweggenommen. Ich weiß von diesen Verhandlungen, Stadtrat Zöchling hat uns ja wiederholt davon berichtet. Es scheint nun so, daß sich diese Verhandlungen in einem Endstadium befinden und daß wir fast damit rechnen können, daß es doch in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Abschluß hinsichtlich des Notarztwagens kommen wird.

Ich darf sagen, daß außer diesen S 300.000,-, die wir jährlich an das Rote Kreuz abgeben, ein weiterer Betrag von rund S 500.000,- abgegeben wird, also insgesamt sind es demnach rund S 800.000,-, die die Stadt an das Rote Kreuz abgibt. Es ist selbstverständlich, daß insbesondere den freiwilligen Helfern der besondere Dank der Stadt gilt, denn diese Leute stellen sich ja unentgeltlich für diesen humanitären Zweck zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf ergänzen dazu, daß das selbstverständlich jährlich und bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht wird, Wir laden alle Rot-Kreuz-Helfer jährlich zu einer Zusammenkunft am Jahresende ein, wo sich die Stadt in entsprechender Weise im Namen der Bevölkerung bei jedem Einzelnen bedankt. Das geziemt sich und ist auch notwendig. Auch die Rettungsverdienstmedaille ist ein sichtbares Zeichen, womit für besondere Leistungen die Stadt Dank sagt.

Es ist nicht so, daß wir das übersehen bzw. nicht durchführen.  
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen diesen Antrag ist niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem zweiten und zugleich letzten Antrag geht es um die Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, daß zur Verringerung der Vorfinanzierungszinsen alle Mitgliedsgemeinden Akontozahlungen zu leisten haben. Der Ihnen vorliegende Antrag entspricht diesem Beschluß und hat folgenden Wortlaut:

4) Wa-5450/75

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;  
Kostenanteil 1987 - Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anweisung einer Akontozahlung für den Kostenanteil 1987 an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in Höhe von S 6,151.000,- wird zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 6,151.000,- bei der VA-Stelle 5/6210/774000.2 genehmigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich darf Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag lautet:

5) Bau3-5055/83

Ausbau der Reindlgutstraße; Endabrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 27. 6. 1985 wurden die Arbeiten zum Ausbau der Reindlgutstraße zwischen der Sudentenstraße und der Staffelmayerstraße an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 3,494.730,- inkl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 9. 1987 wird nunmehr einer Auftrags-erweiterung um S 64.236,35 inkl. MWSt. nachträglich zugestimmt. Gleichzeitig wird einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 420.932,74 inkl. MWSt. zur Begleichung der noch offenen Forderungen zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von  
S 421.000,-- (vierhunderteinundzwanzigtausend)

von der VA-St. 5/6120/002030.4 auf die VA-St. 5/6120/002340.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VA-St. 5/6120/002030.4 zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein zweiter Antrag hat folgenden Wortlaut:

6) Bau3-1240/81

Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; 2. und 3. Bauabschnitt - Teilrechnung und Mehrwertsteuer abschlagsrechnung; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 und 2. 7. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 2. 7. 1987 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau des 4. Bauabschnittes des Bauloses Steiner Straße - Klosterstraße von der Retzenwinklerstraße bis zum Kloster Gleink mit einer Länge von 650 m an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 3,846.847,80 brutto übertragen und gleichzeitig Mittel im Ausmaß von S 2,580.000,- für die Bauabwicklung im Jahre 1987 freigegeben.

Da die Fa. Zwettler nun für den 2. und 3. Bauabschnitt eine weitere Teilrechnung und eine Mehrwertsteuerabschlagsrechnung in der Höhe von S 1,663.353,14 gelegt hat und im Rechnungsjahr 1987 keinesfalls überplanmäßige Mittel beansprucht werden sollen, wird aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 9. 1987 der Gemeinderatsbeschluß vom 2. 7. 1987 dahingehend abgeändert, daß sich der Bauabschnitt für 1987 von 650 lfm auf ca. 380 lfm bzw. von S 2,580.000,- auf S 1,513.146,86 verringert. Gleichzeitig wird der Mittelfreigabe in der Höhe von S 596.500,- zur Begleichung der noch offenen Rechnung zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 596.500,- (fünfhundertsechszwanzigtausendfünfhundert)

werden bei der VA-St. 5/6120/002190.6 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier bitte ich um Annahme..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist für den Antrag? Dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Beiträge. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 5 Anträge vorzubringen. Der erste betrifft die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 40 - Meierhofweg. Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

7) Bau2-7830/86

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 40  
- Meierhofweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 40 - Meierhofweg - entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 15. September 1987 beschlossen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es wieder um eine Flächenwidmungsplanänderung.

8) Bau2-2734/86

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 37 -  
Rohrweck - Küllinger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 37 - Rohrweck - Küllinger - entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 6. Juni 1986, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 15. September 1987 beschlossen.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen gibt es keine. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen oder gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Steyrdorf, und zwar die Errichtung des Nebenkanales Seifentruhe - Wolfers S 19 - S 9. Der Antrag lautet:

9) Bau6-1056/87

Kanalisation Steyrdorf; Errichtung Nebenkanal  
Seifentruhe - Wolfersstraße S 19 - S 9.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 8. 9. 1987 wird der Auftrag zur Errichtung des Nebenkanales Seifentruhe - Wolfersstraße S 19 - S 9 vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der Oö. Landesregierung an die Fa. Rabmer Bau-GesmbH, Altenberg, zum Preise von S 1,694.005,- exkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von  
S 1,500.000,-- (eine Million fünfhunderttausend)

bei der Va-St. 5/8110/050420.7 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen oder gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, und zwar um die Nebenkanäle M und N Rösselfeldstraße; Mittelfreigabe. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Bau6-637/87

Kanalisation Schlüsselhofsiedlung - Nebenkanäle  
M und N Rösselfeldstraße; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 12. 5. 1987 wurden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung NS M und N Rösselfeldstraße an die Fa. Mayr-Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 3,737.983,- exkl. USt. übertragen. Zur Begleichung der Rechnungen für die 1. Bauetappe

wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 17. 9. 1987 einer Mittelfreigabe in der Höhe von S 2,100.000,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,650.000,-- (eine Million sechshundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/8110/050390.2 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 450.000,-- (vierhundertfünfzigtausend)

von der VA-St. 5/8110/050570.9 auf die VA-St. 5/8110/050390.2 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VA-St. 5/8110/050570.9 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein letzter Antrag befaßt sich mit

11) Ge-5770/77

Markttarifordnung der Stadt Steyr;

Neufassung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Oktober 1987 wird die in der Anlage beigezeichnete Markttarifordnung 1988 genehmigt. Gleichzeitig mit Inkrafttreten dieser Markttarifordnung mit 1. 1. 1988 tritt die bisherige Markttarifordnung vom 20. 1. 1983 außer Kraft.

Die Kundmachung hat im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen. (BEILAGE)

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Stadtrat Steinmaßl für seine Beiträge. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 5 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag betrifft eine Tarif-Neuregelung. Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

12) Sport-7106/79

Neuregelung der Tarifsätze 10) und 11) der

Tarifordnung für die städtische Kunsteisbahn.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom

22. 9. 1987 wird die mit GR-Beschluß vom 7. 2. 1980, Zl. Sport-7106/79 beschlossene Tarifordnung für die städtische Kunsteisbahn wie folgt geändert:

I. Tarifpost 10 hat zu lauten:

Bahnmiete Eisstocksützen Dienstag oder Freitag  
17.30 - 21 Uhr, je Bahn und Saison S 2.900,-

II. Tarifpost 11 hat zu lauten:

Platzmiete - 1 Stunde S 600,-

Die Änderung dieser Tarifordnung tritt mit Beginn der Kunsteisbahnsaison 1987/88 (voraussichtlich somit ab 25. 10. 1987) in Kraft. Die Aundmachung dieser Änderung der Tarifordnung für die städtische Kunsteisbahn hat in der nächsten Nummer des Amtsblattes der Stadt Steyr zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Eichhübl hat sich dazu zu Wort gemeldet, bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung, in der dieses Thema, das heute zur Beschlußfassung vorliegt, behandelt wurde, und eine doch sehr beträchtliche Anhebung der Tarife für die Benützung der Eisflächen durch die Stocksützenvereine vorschlägt, meine Bedenken zum Ausdruck gebracht. Diese Anhebung soll auf zwei Ebenen durchgeführt werden und sieht im Klartext folgendermaßen aus: Die Stocksützenvereine haben nun je Bahn und Saison nicht mehr S 2.250,-, sondern S 2.900,- in Zukunft zu bezahlen. Und sie haben für die Platzmiete nicht mehr wie derzeit pro Stunde S 450,-, sondern S 600,- zu bezahlen. Das bedeutet im ersteren Fall eine Anhebung von 28,28 Prozent und im zweiten Fall eine Anhebung um 33,3 Prozent.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dazu ist doch eines zu bedenken. Gerade diese Sportart hat sich in den letzten Jahren zum Breitensport entwickelt, denn viele unserer Mitbürger üben diesen Sport aus und waren bisher bereit, gar nicht so unerhebliche Mittel aus der eigenen Tasche dafür aufzubringen. Es ist also gar nicht einzusehen, daß nun gerade diese Personengruppe, die diese Sportart betreibt, in so großem Ausmaß und verstärkt zur Kasse gebeten wird. Wenn ich daran denke, meine Damen und Herren, daß man bereit war, - da schließe ich mich mit ein - exklusivere Sportarten, die nicht von so vielen ausgeübt werden können, mit Millionenbeträgen zu subventionieren. Ich anerkenne natürlich die Bestrebungen der Verantwortlichen der Stadtwerke, daß diese bedacht sind, in diesem Bereich das Defizit so gering wie möglich zu halten. Haben Sie aber bitte auch für mich Verständnis, wenn ich die Anhebung dieser Tarife in einer etwas übergeordneten Situation sehe, und daher aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aufgrund meiner vorhergehenden Ausführung diesem Antrag die Zustimmung nicht gebe. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Kollege Steinmaßl als Berichterstatter dazu.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich möchte Kollegen Eichhübl zur Kenntnis bringen, diese Tarifierhöhung war bereits seit 7 Jahren fällig, wir haben seit 7 Jahren den alten Tarif und stellt nur eine Angleichung der Tarife von Linz und Wels dar.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber kein Ruhmesblatt, Kollege Steinmaßl!

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Aufgrund unserer budgetären Lage ist das eben unbedingt erforderlich, irgendwann einmal eine Tarifangleichung zu machen, wenn wir seit 7 Jahren bereits den alten Tarif gehabt haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte auch etwas dazu sagen. Wie wir wissen, ist das Defizit bei der Kunsteisbahn bei 1 Million Schilling. Diese Erhöhung ist ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird ungefähr 30.000,- bis 40.000 Schilling ausmachen. Aber ich glaube, dieses Nachziehen ist wirklich berechtigt, wenn man mit allen anderen Städten Österreichs vergleicht, die derartige Einrichtungen haben, dann muß man sagen, daß wir auch mit den neuen Tarifen noch sehr günstig liegen. Z. B. die Stadt Wels verlangt schon seit Jahren S 3.500,- und wir verlangen jetzt mit dem neuen Tarif S 2.900,-. Glauben Sie, Kollege Eichhübl, daß es besser wäre, wenn man die Kinder, die eislaufen wollen, höher belastet? Wir liegen bei diesen Tarifen schon ziemlich an der Obergrenze .

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Vizebürgermeister, das ist aber schon etwas polemisch. In diesem Bereich gibt es wirklich sehr fähige Leute, die sicher in der Lage sind, die S 30.000,- woanders einzusparen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich muß ehrlich sagen, da bist Du ein wenig daneben, unsere Beamten in diesem Bereich bemühen sich wirklich, die Preise so klein wie möglich zu halten. Wenn wir versuchen, einen ganz kleinen Teil dieses Defizits auf diese Weise hereinzubringen, dann bitte ich um Verständnis.

Ich nehme aber zur Kenntnis, daß die freiheitliche Partei diesem Antrag die Zustimmung nicht gibt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich wundere mich nur, daß nicht auch andere dagegen sind. Im Finanz- und Rechtsausschuß hatten auch andere diese Meinung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GR Eichhübl - FPÖ) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag des Stadtsenates lautet:

13) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 29. 11. 1984 wurde die letzte Preisvereinbarung zwischen der OÖ. Ferngas-GesmbH Linz und der Stadt Steyr für die Jahre 1985 und 1986 (Änderung des Leistungspreises sowie des Arbeitspreises) genehmigt. Mit GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 wurde einer Verbesserung des Lastfaktors des Leistungspreises für die Jahre 1985 und 1986 von bisher S 5,308.300,- auf nunmehr S 5,177.100,- p. a. zugestimmt. Diese Preisvereinbarung wurde mit GR-Beschluß vom 11. 12. 1986 für das Jahr 1987 verlängert.

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 29. 9. 1987 und des Berichtes des Kontrollamtes vom 5. 10. 1987 wird nunmehr einer weiteren Verlängerung der Preisvereinbarung für das Jahr 1988 des zwischen der Stadt Steyr und der OÖ. Ferngas-GesmbH Linz im Sinne des Punktes 7 des Erdgasliefervertrages 1977 i.d.g.F., genehmigten Preisvereinbarung unter Zugrundelegung der angezogenen GR-Beschlüsse zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim nächsten Antrag geht es um eine Ergänzung zum GR-Beschluß vom 5. 3. 1987 betreffend den Ankauf von Sphärogußrohren. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

14) ÖAG-963/87

Stadtwerke

Städt. Gas- und Wasserwerk - Rohrverlegungen 1987; Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 5. 3. 1987 wurde dem Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken für das städt. Gas- und Wasserwerk im Gesamtauftrag von S 2,959.572,- (exkl. USt) bei der Firma VOEST Alpine Rohstoffhandels-GesmbH zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 12. 10. 1987 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um S 891.500,- exkl. USt. zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag lautet:

15) ÖAG-6056/87

Stadtwerke

Städt. Gaswerk - Umstellung der Erdgasabgabeverrechnung von kWh auf m<sup>3</sup>.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 29. 9. 1987 und des Berichtes des Kontrollamtes vom 7. 10. 1987 wird der Umstellung der Erdgasabgabeverrechnung von S je kWh auf S je Nm<sup>3</sup> mit einem mittleren Verrechnungsbrennwert von 11,12 kWh je Nm<sup>3</sup> ab 1. 1. 1988 entsprechend dem vom Amt der OÖ. Landesregierung ergangenen Genehmigungsbescheid PrÜ (Ge)-1057/41-1977-Ru/Br vom 29. 4. 1987 zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Umstellung bei den Zählernenngrößen auf m<sup>3</sup> zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung: Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Umstellung der Erdgasabgabeverrechnung von kWh auf m<sup>3</sup> wird selbstverständlich von mir begrüßt und ich werde auch diesem Antrag zustimmen. Jeder von Ihnen weiß, daß ich bereits im Vorjahr im Zuge der mehrmaligen Erdgas-Preisregulierungen und auch in der GR-Sitzung im Dezember, ich glaube am 11. Dezember bei der Budgetdebatte, entschieden verlangt habe, daß die Erdgasabgabe-Verrechnung bzw. dieses System von kWh auf die kundenfreundlichere und transparentere m<sup>3</sup>-Verrechnung umgestellt wird. Vor allem deswegen, um der großen Masse unserer Gaskunden es zu ermöglichen, daß sie leichter Preisvergleiche gegenüber anderen Städten, dort wird mit m<sup>3</sup> verrechnet, und auch Preisgruppen, die wir festlegen, anstellen können. Davon, meine Damen und Herren, kein Wort im Amtsbericht zum vorliegenden Antrag. Dort heißt es wörtlich: Über vielfachen Wunsch der Interessensvertretungen Arbeiter- und Handelskammer wurde am 8. Jänner 1987 beim Bundesministerium um die Zustimmung für die Umstellung ersucht. Danach, meine Damen und Herren des Gemeinderates, könnte dies so ausgelegt werden, daß nicht der Gemeinderat der Stadt Steyr, sondern die Arbeiter- und Handelskammer in dieser Frage aktiv wurden, die mein Verlangen mit unterstützte und zur Änderung des Gasabgabeverrechnungssystems führte. Der Handelskammervertreter sitzt ja hier herinnen als Stadtrat. Ich habe noch nie gehört, daß er diese Umstellung verlangte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich kann auf das Schlußwort verzichten, Kollege Treml hat alles gesagt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:  
Mein letzter Antrag behandelt:

16) ÖAG-5605/87

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb, Betriebsgarage - Einbau zweier zusätzlicher Ausfahrtstore an der südseitigen Giebelwand sowie Austausch des Tores Waschbox.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 7. 9. 1987 wird der Auftrag zum Einbau zweier zusätzlicher Ausfahrtstore sowie Austausch des Tores für die Gaschbox im Betriebsobjekt des städt. Verkehrsbetriebes Schumeierstraße an die Fa. Ing. R. Prameshuber, Steyr, zum Preise von S 670.750,- exkl. USt übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist für den Antrag? Dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster ist anstelle des abwesenden Kollegen Zöchling Herr Stadtrat Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Stadtrates Zöchling:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Das ehemalige VHS-Gebäude Promenade 9 soll nunmehr für Amtszwecke adaptiert werden, um den drückenden Raumbedarf für unsere Mitarbeiter im Magistrat etwas lindern zu helfen. Dazu ist es notwendig, daß verschiedene Investitionen und Umbauten getätigt werden. Diese wurden ausgeschrieben und es sollen an die Bestbieter die jeweiligen Arbeiten vergeben werden. Ich stelle daher folgenden Antrag:

17) GHJ2-5790/87

Ehemaliges VHS-Gebäude Promenade 9;  
Adaptierung für Amtszwecke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 15. Oktober 1987 werden im Zusammenhang mit der Adaptierung der Räumlichkeiten der ehemaligen VHS in der Promenade 9 für Amtszwecke folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten

an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zum Preise von S 128.569,20 inkl.

2. Elektroinstallationsarbeiten:

an die Fa. Berger, Steyr, zum Preise von S 66.966,-- inkl.

3. Bodenleger- und Innenausstattungsarbeiten:

an die Fa. Löger, Steyr, zum Preise von S 95.676,-- inkl.

4. Malerarbeiten:

an die Fa. Seywaltner, Steyr, zum Preise von S 59.400,-- inkl.

5. Bautischlerarbeiten:

an die Fa. Staudinger, Steyr, zum Preise von S 69.948,-- inkl.

6. Telefonanschlußgebühren (Post) S 31.680,-- inkl.  
7. Schließanlage:  
an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preise von S 15.000,-- inkl.  
8. Jalousienreparatur:  
an die Fa. Löger, Steyr, zum Preise von S 10.000,-- inkl.  
Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 473.000,-- (vierhundertdreißigtausend) bei der VA-St. 5/0290/0100400.0 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist dafür? Dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Anläßlich einer Vorsprache bei Herrn Bürgermeister Schwarz bot Frau Anna Digles, 4400 Steyr, Sierninger Straße 120, an, ihr Wohnhaus gegen einen Platz im städt. Altersheim zu tauschen. Frau Digles, die 88 Jahre alt ist, bewohnt das Haus alleine und kann aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters die anfallenden Arbeiten nicht mehr erledigen. Da sie keine Angehörigen hat, habe sie sich um einen Platz im Altersheim beworben, wobei sie am liebsten ein Zweibettzimmer bewohnen würde.

Die Liegenschaft Sierninger Straße 120 liegt am Schnittpunkt der Trasse der alten Sierninger Straße und der neuen Umfahrungsstraße Seifentruhe in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gasthaus Pöchhacker und umfaßt die Grundstücke 616 Garten mit einer Fläche von 77 m<sup>2</sup>, 617 Garten mit einer Fläche von 87 m<sup>2</sup> und .873 Baufläche im Ausmaß von 194 m<sup>2</sup>. Eine von den gerichtlich beeideten Sachverständigen im Auftrag der Stadt vorgenommene Schätzung ergab einen Verkehrswert von S 450.000,- für die gesamte Liegenschaft. Der Bauzustand des um 1900 errichteten Wohnobjektes wurde von den Gutachtern als gut bewertet, unbedingt notwendige Reparaturen wurden bei der Bemessung des Verkehrswertes bereits in Abzug gebracht. Für Frau Digles wird seit 7. 8. 1987 ein Zweibettzimmerplatz (Altbau) im städtischen Altersheim bereitgehalten. Die für diese Unterbringung zu verrechnende Gebühr beträgt S 225,- täglich. Darin sind 80 Prozent des von Frau Digles bezogenen Hilfflosenzuschusses bereits enthalten.

Es wird vorgeschlagen, das angebotene Wohnhaus von Frau Digles zum Schätzpreis zu erwerben, wobei die Entrichtung des Kaufpreises in folgender Weise erfolgt:

Die Stadt stellt der Verkäuferin einen Platz in einem Zweibettzimmer des städt. Altersheimes auf Lebenszeit zur Verfügung. Die dafür anfallenden Verpflegungsgebühren werden auf den Kaufpreis zur Gänze angerechnet. Unter Zugrundelegung des derzeitigen Gebührensatzes könnte Frau Digles rund 5 1/2 Jahre im Altersheim wohnen, ohne daß sie die Verpflegungskosten aus eigener Tasche zu tragen hätte. Nachdem der vereinbarte Kaufpreis durch die zur Anrechnung gelangenden Verpflegungsgebühren vollständig aufgebraucht ist, müßten Frau Digles die anfallenden Kosten zur Gänze in Rechnung gestellt werden. Aus rechtlicher Sicht ist der abzuschließende

Vertrag als sogenannter Glücksvertrag, der sowohl Elemente der Leibrente als auch solche der Zeitrente aufweist, zu bezeichnen. Es ergeht daher der Antrag:

18) ÖAG-4696/87  
Ankauf des Objektes Sierninger Straße  
120 von Frau Anna Digles.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird dem Ankauf des Objektes Sierninger Straße 120 samt der dazugehörigen Grundstücke im Gesamtausmaß von 358 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von S 450.000,- zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Die Stadt stellt der Verkäuferin Frau Anna Digles, Sierninger Straße 120, 4400 Steyr, auf Lebenszeit einen Platz in einem Zweibettzimmer des städt. Altersheimes zur Verfügung. Der vereinbarte Kaufpreis gelangt nicht bar zur Auszahlung, sondern wird zur Deckung der Heimverpflegskosten (derzeit S 225,- täglich) verwendet. Nach vollständigem Aufbrauch der Kaufpreissumme sind die Verpflegsgebühren von Frau Digles selbst zu tragen. Ein bei Ableben der Verkäuferin noch eventuell aushaftender Kaufpreisrest wird nicht an etwaige Anspruchsberechtigte ausbezahlt. Die im Zusammenhang mit diesem Vertrag stehenden Kosten und Gebühren, insbesondere die Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr, sind von der Stadt zu tragen.

Zum genannten Zweck werden bei der VA-Stelle 5/8560/010150.8

S 49.300,- (neunundvierzigtausenddreihundert)

zur Abdeckung der für das heurige Jahr anfallenden Verpflegsgebühren und für die zur Vorschreibung gelangenden Abgaben freigegeben.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen damit zur Aktuellen Stunde.

Ich darf selbst namens der sozialistischen Partei zu einem Problem Stellung nehmen.

Beginn der Aktuellen Stunde: 15 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, unsere Gemeinschaft hat sich in der letzten Zeit mehrmals mit der besonderen Schwierigkeit beschäftigt, mit der wirtschaftlichen Schwierigkeit in unserer Stadt bzw. unserer Region beschäftigt, die mit den Problemen in den Steyr-Werken in engstem Zusammenhang stehen. Wir haben uns seit Jahren bemüht, die Strukturen in unserer Stadt, so weit es in unserer Macht steht, zu verbessern. Wir haben manche Erfolge erzielt. Ich darf darauf hinweisen, daß es gelungen ist, mit großem finanziellem Einsatz, aber auch mit persönlichem Einsatz, durch meinen unmittelbaren Vorgänger, das möchte ich ganz deutlich sagen, das BMW-Motorenwerk nach Steyr zu bekommen. Es ist uns gelungen, einige andere Betriebe nach Steyr zu bekommen. Ich glaube aber, daß zur Verbesserung der Strukturen nicht nur Betriebsansiedlungen notwendig sind, sondern daß darüber hinaus es auch erforderlich ist, daß wir mit besonderem Nachdruck die Verbesserung der Verkehrsverbindungen anstreben müssen. Unsere Stadt hat sich seit mehr als 10 Jahren bemüht, die straßenmäßige Verbindung in den öö. Zentralraum zu verbessern. Viele Verhandlungen sind geführt worden, der Gemeinderat hat etliche Resolutionen in dieser Richtung beschlossen, aber nicht nur der Gemeinderat, sondern auch politische Parteien, politische Gruppierungen haben in dieser Richtung Beschlüsse gefaßt. Ich glaube, es ist diese gewisse Isolation, in der sich unsere Stadt verkehrsmäßig befindet, gegen die wir ankämpfen müssen. Auf Bundesebene, meine Damen und Herren, ist derzeit die Neukonzeption der Bundesbahn, die Bahn 2000, in Diskussion. Seit Beginn dieses Jahres, als das bekannt wurde, haben wir uns bereits bemüht - auch ich persönlich - und zwar in mehreren Schreiben, auf unsere Situation hinzuweisen und unsere Wünsche und Forderungen in diese Diskussion aufzunehmen. Wir glauben, daß dadurch es möglich wäre, eine Verbesserung, durch eine verkehrsmäßige Verbesserung, auch die wirtschaftliche Lage unserer Stadt auf Sicht gesehen wesentlich günstiger zu gestalten. Wir wissen, wie wichtig diese Nervenstränge, wenn ich das so bezeichnen kann, sind und ich glaube, wir sollten jetzt die Diskussion auch über eine Veränderung der Westbahntrasse aufgreifen und wir sollten uns bemühen als Stadt Steyr, hier einen Anschluß an unsere Stadt zu erreichen. Die Diskussion über die Bahn 2000 ist sicherlich eine wertvolle Basis dafür. Ich bin der Meinung, daß wir diese Bestrebungen intensiv aufzunehmen und fortzusetzen haben. Ich habe mir deshalb erlaubt, den Herrn Generaldirektor der Österr. Bundesbahnen, Dr. Übleis, nach Steyr einzuladen und dieser hat mir mündlich bereits zugesagt, daß er bei der nächsten Möglichkeit zu uns nach Steyr kommen wird. Ich hoffe, daß dieses Gespräch positiv verlaufen wird.

Natürlich kennen wir alle die großen Probleme, die mit einem solchen Projekt verbunden sind. Ich glaube aber, daß es sinnvoll ist, daß man zunächst von Bundeseite bereit sein sollte - das wollen wir als erstes Ziel erreichen - daß eine genaue Prüfung einer solchen Trassenverlegung durchgeführt wird, wobei sich diese Prüfung sowohl auf das Gebiet als auch auf die finanziellen Auswirkungen erstrecken müßte. Das ist unser Ziel für die ersten Gespräche. Ich glaube, daß es sicherlich nicht von heute auf morgen gehen kann, glaube aber, daß es notwendig ist, daß Versäumnisse, die vor mehr als 100 Jahren hier passiert sind, nicht wiederholt werden dürfen. Ich lade alle Fraktionen des Gemeinderates ein, in dieser Sache gemeinsam vorzugehen und eine gemeinsame Linie zu finden. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß damit, wenn wir dies erreichen könnten, sehr viel für unsere Stadt gewonnen wäre. Ich werde Sie laufend über diese Kontaktnahmen, über die Gespräche, die in dieser Richtung ge-

führt werden, informieren. Es würde mich freuen, wenn die anderen Fraktionen zu diesem Thema hier in der Aktuellen Stunde ebenfalls eine Stellungnahme abgeben könnten.

Es hat sich in Steyr ein Kreis gebildet, der in erster Linie aus der Wirtschaft kommt, Dieser Kreis befaßt sich sehr intensiv mit dieser Problematik, weil man dort auch einsieht, daß es notwendig ist, daß hier die verkehrsmäßige Verbesserung unserer Stadt für die Wirtschaft einfach notwendig ist.

Namens der Österr. Volkspartei hat sich Kollege Holub dazu gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke vor allen Dingen auch im Namen meiner Partei Herrn Bürgermeister dafür, daß er dieses Thema, das uns gemeinsam schon einige Zeit beschäftigt, zum Gegenstand der aktuellen Erörterung hier im Gemeinderat gemacht hat, wobei nicht anzunehmen ist, daß über das Thema diskutiert wird, weil Meinungsverschiedenheiten auftreten, sondern daß wir in Wortmeldungen zu diesem Anlaß unterstreichen können, daß wir tatsächlich ein und derselben Meinung sind.

Vor 100 Jahren ist der Zug abgefahren und Steyr ist in der Region isoliert verblieben, worauf der Bürgermeister Schwarz bereits aufmerksam gemacht hat, weil seinerzeit die Entscheidungsträger aus eigennützigen oder kurzsichtigen Überlegungen gemeint haben, das Richtige zu tun, wenn sie verhindern, daß die Westbahnstrecke über Steyr geführt wird. Etwa 100 Jahre später haben wir die historische Gelegenheit, meine Damen und Herren, liebe Freunde, an der Fehlentscheidung, die es seinerzeit gegeben hat, zu rütteln. Und zwar nicht nur an der Entscheidung zu rütteln, sondern auch am schlummernden Bewußtsein unserer Öffentlichkeit. Es wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, von jedem Einzelnen hier im Gemeinderat, von jedem einzelnen Mitbürger, der hohen Aufmerksamkeit bedürfen und des persönlichen Engagements, wenn wir das finanziell wirklich sehr sehr hohe Projekt einer Trassenverlegung der Westbahn und der Einbindung unserer Heimatstadt Steyr vorantreiben sollen. Es ist das ohne persönliches Engagement unserer Mitbürger sicher nicht möglich, darum ist es erfreulich, daß sich dieses Aktionskomitee, geführt vom Steyrer Kaufmann Hartlauer, gegründet hat. Ich glaube, es ist auch für die Einhelligkeit der Bemühung zu diesem Thema bezeichnend, daß das Komitee gebeten hat, daß das hier anwesende Präsidium auch das Präsidium in diesem Verein übernimmt. Sowohl der Herr Bürgermeister als auch wir beiden Vizebürgermeister haben uns selbstverständlich bereit erklärt, die entsprechenden Funktionen in diesem Komitee zu übernehmen. Wie wichtig das ist, möge uns das Inserat der Österr. Bundesbahnen zeigen zum Ausbauprogramm "Neue Bahn 2000", wo skelettartig dargestellt ist, welche Schwerpunkte es geben wird. Es muß an sich jede Steyrer Bürgerin und jeder Steyrer Bürger tief erschüttert sein, daß in diesem Skelett der Hauptverkehrswege Steyr nicht einmal aufscheint, nicht einmal mit einer Nebenaufschließung.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß wir als engagierte Steyrer Bürger uns das gar nicht bieten lassen dürfen und daß wir mit aller Vehemenz daran arbeiten müssen, daß unsere Mitbürger auch dieser Ansicht sind. Die Gefahr ist nicht klein, daß man sagt, das ist ein so großes Projekt, das wird nicht gehen. Wie der Zug auf eingefahrenen Schienen fährt, so ist es auch leicht vorstellbar, daß unser menschliches Denken aus den eingefahrenen Schienen nicht herauskommt und viele Zauderer sagen werden, es ist nicht möglich, der Zug fährt seit 100 Jahren über St. Valentin, Haag und Amstetten.

Wenn wir- der Herr Bürgermeister hat das schon gesagt- politische Parteien dieser Stadt als gemeinsames Wollen in unsere Strategien das mit aufnehmen und nicht aus diesem Projekt ein kleinliches Partei-Hick-Hack machen, sondern daß jeder, so wie es der Herr Bürgermeister gemacht hat und auch ich schon gemacht habe, mit bundeskompetenten Persönlichkeiten, die uns in der persönlichen Nähe zur Verfügung stehen, die entsprechenden Initiativen einbegleitet, dann können wir den Optimismus jedenfalls äußern, daß das Projekt Bahn 2000 über Steyr führen wird.

Wenn wir uns aber auseinanderdividieren lassen und wenn die politischen Parteien glauben sollten, hier Eigenbrötelei betreiben zu können und Eigenprestige damit gewinnen können, dann werden wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß unser gemeinsames Projekt nicht ernst genommen wird.

Seien Sie versichert, das möchte ich im Namen der Österr. Volkspartei tun, daß wir akkordiert mit der Stadtgemeinde und aufgehend in die Bemühung der Stadtgemeinde hier mitarbeiten wollen zum Nutzen unserer Bürger, damit der Fehler, der vor 100 Jahren begangen wurde, wieder korrigiert werden könne. Es muß eindeutig festgestellt werden, daß das eine der wenigen Chancen für unsere Region ist, wieder an den Puls des Lebens zu gelangen und aus der Dornröscheninsel, in der wir in Gefahr sind, wieder hineingedrängt zu werden, herauszukommen. Den Beitrag möchte ich aus ganzem Herzen mit dem Wort "Glück auf" für dieses unsere Projekt beenden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nächster Redner ist Gemeinderat Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Lieber Gemeinderat, ich kann mich nur diesen Worten anschließen. Auch die GAL hat sich mit diesem Problem näher befaßt. Es ist eine einmalige Möglichkeit, Steyr wieder heranzuführen an Industrien von Linz, Wels und Wien.

Ein kurzer Auszug aus einer Umweltschutzzeitung wird vielleicht Aufschluß geben, welche Mittel hier flüssig gemacht werden müssen, um dieses Projekt überhaupt zustande zu bringen. Eine amerikanische Beratungsfirma wurde von der Bundesregierung eingeladen, der Bahn die Zukunft vorauszusagen. Sie legte eine Studie vor, wobei man noch betonen muß, diese Studie kostete 27 Mill. Schilling. Diese Studie ist das Konzept der neuen Bahn, Prognose bis zum Jahre 2000. Personenfernverkehr plus 24 Prozent mehr, Güterverkehr um plus 12 Prozent mehr, Verbesserung des kaufmännischen Ergebnisses um ca. 3 Milliarden jährlich, Sicherung von ca. 12.400 Arbeitsplätzen pro Jahr, volkswirtschaftlicher Nutzeffekt ca. 1,9 Milliarden jährlich. Ich glaube, diese Studie liegt auch in Steyr auf, sie wurde von der Bundesregierung in Auftrag gegeben und zeigt auf, welche Möglichkeiten uns eine Hochgeschwindigkeitsbahn, besonders für Steyr, eröffnet. Eine Viertelstunde und man ist in Linz, eine Stunde und man ist in Wien. Man beschreibt die Bahn dann ungefähr so, man wird im Waggon 2000 sitzen ähnlich wie in einem Flugzeug, mit Kopfhörern die Radioprogramme empfangen, über das Informationssystem abfragen können, wie weit man schon gefahren ist bzw. wie lange man noch bis zum Zielort braucht. Wenn es möglich sein wird, die Bahn nach Steyr zu bringen, so wird die GAL sicher alles nur mögliche machen, um bei diesem Verein mitzuarbeiten, damit Steyr hier wirklich angeschlossen wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Der Bürgermeister hat im Auftrag der sozialistischen Partei einleitend gesprochen zum aktuellen Thema gerade der sehr prekären Situation der Steyr-Werke. Ich war schon der Auffassung, daß er weiter fortfährt, aber er hat eigentlich dann nur berichtet, bzw. im Auftrag der sozialistischen Partei gesprochen, weniger über diese sehr ernste Situation unmittelbar in unserer Stadt, sondern im Zusammenhang zu sehen auch die Isolierung durch die Verbindungswege zur Stadt Steyr. Einerseits der Straßenverbindung, andererseits aber auch dadurch, daß unsere Väter vor vielen Jahren verabsäumt haben, die Trasse der Westbahn über Steyr zu leiten. Nun, aufgrund einer Neuprojektierung der Trasse, scheint es möglich, hier unter Umständen eine Verbesserung zu erwirken. Sicherlich wird sich niemand in der Stadt finden, der diese Möglichkeit oder Chance, wenn sie sich bietet, nicht ergreifen würde. Allerdings möchte ich schon dazusagen, wir haben ja eigene Vorstellungen seit Jahren entwickelt, wo z. B. eine Vorleistung in dieser Richtung, die Isolierung zu beseitigen, beinhaltet war, nämlich, daß wir verlangt haben, oder zumindest als Absichtserklärung hier beschlossen haben, eine Verbesserung der Eisenbahnverbindung von und nach Steyr in Richtung Norden durch die Einführung einer Schnellverbindung nach Linz mit Anschlußmöglichkeiten an den Austro-Takt. Dazu kann ich mich erinnern, seit wir das festgelegt haben im Jahre 1984, hat der Verkehrsreferent Stadtrat Pimsl einmal diese Frage angeschnitten. Ich habe das sehr positiv unterstützt und bin seit vielen Jahren der Meinung, daß man gerade diese Strecke zweigleisig ausbauen hätte müssen. Ich erinnere mich an Minister Lanc, der war auch einmal Verkehrsminister, der sich damals sehr wohlwollend geäußert hat, er wird das prüfen und vorplanen. Ich kann mich auch erinnern, als es darum ging, im Jahre 1985 intensiver die Straßenverbindung voranzutreiben in den Zentralraum. Auch hier gab es im Juli 1985 einen Minister, ich glaube Bautenminister Übleis, der heutige Verkehrsminister mit den neuen Bahnprojekten. Auch der war zuversichtlich aufgrund der Forderung ..

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:  
Der ist nicht Verkehrsminister.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

.. damals war er jedenfalls Bautenminister und hat versprochen auf Wunsch des Herrn Bürgermeisters Schwarz, daß so schnell wie möglich mit dem Bau der Nordspange begonnen wird. Ich bin damals bei der Tunnelöffnung neben ihm gestanden. Er hat gesagt, ich bin ein unbürokratischer Mann und ich glaube, daß der Baubeginn Anfang 1987 ist - wir haben jetzt Ende 1987. Wir sollen also nicht große Luftschlösser bauen, man soll es festhalten und dann auch wirklich betreiben gemeinsam. Ich habe diese beiden Fälle nur aufgezeigt, daß diese Intentionen, die von privater Seite gekommen sind, außerhalb des Gemeinderates fixiert wurden, - das steht ja alles in der Zeitung, das habe ich schon vor einigen Tagen gelesen - im Gemeinderat behandelt werden und auch zusammenfaßt die positive Auffassung, die Mitarbeit aller Gemeinderatsfraktionen und zumindestens bei den Bundesstellen eine Vorplanung zu erreichen bzw. zu erwirken, die unseren Intentionen nachkommt, daß man diese Neutrassierung über Steyr führt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!

Ich tue mir mit der Zustimmung namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion mit all dem, was Herr Bürgermeister Schwarz und auch Vizebürgermeister Holub zu den wirklich notwendigen Verbesserungsmaßnahmen für unsere Region Steyr gesagt haben, sehr leicht. All das waren ja auch Forderungen seit Jahren schon von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion. Das alles liegt uns sehr am Herzen. Zu diesen Strukturverbesserungen, selbstverständlich, meine Damen und Herren, gehören nicht nur bessere Straßenverbindungen in den öö. Zentralraum, sondern gehört auch eine Verbesserung der Bahnlinienführung von und nach Steyr. Es ist also eine historische Chance, bei diesem neuen Konzept der österr. Bundesbahnen, darauf einzuwirken, daß - wie bereits meine Vorredner bekanntgegeben haben - Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, sondern ausgemerzt werden. Wir sollten also wirklich diese historische Gelegenheit nützen, meine Damen und Herren, und alles daransetzen, daß man auf Steyr nicht vergißt, so wie befürchtet wird, wenn man sich die geplante Trassenführung, wie Herr Vizebürgermeister Holub aufgezeigt hat, ansieht. Meine Damen und Herren, eines möchte ich auch bei dieser Gelegenheit wieder in Erinnerung rufen, obwohl wir erst in der letzten Gemeinderatsitzung davon gesprochen haben und eine Resolution verabschiedet haben, und zwar betrifft es unsere Nordspange. Es ist sehr bedauerlich, wenn wir immer wieder feststellen müssen, daß es eigentlich noch gar keine genaue Trassenführung seitens des Landes und des Bundes gibt, wie beispielsweise bei unserer Zusammenkunft unten am Flenklberg, wo es um die Fußgängerabsicherung in diesem Bereich gegangen ist. Wir sollten also auch wiederholt darauf hinweisen, unabhängig davon, meine Damen und Herren, daß es eigentlich ein Vertragszustand gegenüber den BMW-Werken ist. Ich jedenfalls werde namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion sicherlich alles, was in meiner Macht steht, tun, um hier die Möglichkeit zu schaffen, eine Verbesserung für unsere gesamte Region herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl hat sich als zuständiger Referent dazu gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!  
Die Vision, im 21. Jahrhundert vielleicht einmal mit schnellen, modernen Zugsgarnituren rasch von einem Punkt zum anderen zu gelangen und Steyr als eine Station eines Hauptverkehrsweges zu sehen, ist sicherlich nicht nur Vision, sondern nimmt durch Pläne, Überlegungen, Gestalt an. Daß hier die Mitglieder des Gemeinderates es vermeiden wollen, daß die Fehler der Vergangenheit uns wieder einholen, deswegen frühzeitig Möglichkeiten suchen, besser an die Verkehrswege angeschlossen zu werden, erscheint mir selbstverständlich und vor allem notwendig. Die Vision aber alleine, mit modernen Zugsgarnituren zu fahren und vielleicht eine Berieselung durch ein neues Ö5-Programm zu erleben, ist für mich eine Schreckensvorstellung. Aber das nur so nebenbei.

Ich meine aber, Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen bei all diesen Visionen nicht den Blick für die Gegenwart verlieren. Wir müssen alle unsere Anstrengungen weiterhin fortsetzen, aktuelle Verkehrslösungen hier zu bekommen, gemeinsam zu betreiben und gemeinsam Lösungen zuzuführen. Wir haben unmittelbar in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten und Jahren ständig mit Verkehrsproblemen zu leben und müssen uns neue Möglichkeiten und neue Ideen einfallen lassen. Es ist sicher eine Gelegenheit, wenn der neue Generaldirektor der Österr. Bundesbahnen die Einladung nach Steyr annimmt, um eine derzeit bessere Anbindung der Steyrer Bahn, der sogenannten Kleinreiflinger Bahn nach St. Valentin, von ihm zu verlangen und zu erreichen. Ich habe selbst vor kurzem bei einer passenden Gelegenheit ihn gebeten, nochmals unser Begehren zu bedenken, in St. Valentin weitere Zusteigmöglichkeiten nach Wien und Salzburg zu schaffen. Er ist ja ein sehr impulsiver Mensch und hat dort sehr rasch gesagt, ich könnte mir durchaus eine Lösung vorstellen.

Allerdings muß ich eines dazusagen, wir kennen ihn und wissen, daß seine Zusagen meistens nur sehr kurze Beine haben. Ich meine aber trotzdem, daß wir nichts unversucht lassen sollen, um in dieser Richtung zu einer kurzfristigen Verbesserung unserer Verkehrswege zu kommen.

Da bitte ich Sie, in allen unseren Überlegungen für die Zukunft den Blick für die Gegenwart nicht zu vergessen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Ich darf dazu sagen, daß diese Lösung, wie wir sie jetzt anstreben, und wie sie jede Fraktion bestätigt hat, sicherlich nicht von heute auf morgen realisierbar ist. Wir brauchen, so wie Kollege Pimpl angeschnitten hat, zweifellos auch in absehbarer Zeit, in der nächsten Zeit, Möglichkeiten, daß wir hier günstigere Anbindungen bekommen. Ich werde auch diesen Hinweis bei diesen Gesprächen selbstverständlich nicht vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber ich bitte, auch die Zukunft nicht zu vergessen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist selbstverständlich.

Gibt es seitens der ÖVP einen Beitrag? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wir sind keine Versuchskaninchen, werte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen. So kann man den Standpunkt der ÖVP zur beabsichtigten Errichtung einer Sondermüllvergasung im Gußwerk II bezeichnen. Wie mittlerweile wahrscheinlich schon alle wissen, sollen bei der geplanten Anlage Sonderabfallprodukte mit mindestens 1600 Grad Celsius verbrannt werden. Die dabei entstehenden umweltfreundlichen Rückstände könnten unter anderem in Form von Energie wieder verwendet werden. Das Schlackengranulat könnte z. B. im Straßenbau benützt werden. Das lebensgefährliche Dioxin würde laut Aussagen der Betreiber in seine Grundbestandteile zerlegt und unschädlich gemacht, der auftretende Staub durch eine einfache Kohle- und Koksschicht ausgefiltert. Das ausgeschiedene Gas könnte als Energiequelle verwendet werden. Die aufgezeigten Vorteile, werte Kolleginnen und Kollegen, sind, sofern sie auch zutreffen, als umweltfreundliche Maßnahmen zu

bezeichnen. Sie wiegen aber sicher nicht den größten Nachteil, nämlich den der geringen Erfahrungswerte, auf. Wir werden daher auf jeden Fall zunächst den geplanten Dauerbetrieb in Linz abwarten müssen. Über diese Forderung, glaube ich, herrscht in der Gemeindestube sicherlich Einigkeit. Es wurden leider in der Vergangenheit schon so viele Fehler gemacht, wenn ich nur an den Flop mit der geplanten Sondermülldeponie in St. Oswald denke. Daher abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen, die Forderung, erst testen, dann entscheiden. Wir Steyrer werden sicher keine Versuchskaninchen auf Kosten der Gesundheit für die Betreiber dieses Projektes sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Ich möchte als Bürgermeister dazu doch auch kurz Stellung nehmen. Ich habe das in der Öffentlichkeit mehrmals getan und ich glaube auch, daß wir als Steyrer eine Einrichtung, die eine Pilotanlage ist, nicht brauchen können und auch nicht wollen. Das muß ich hier sehr deutlich sagen.

Ich habe in diesem Zusammenhang mit dem Herrn Stadtrat Ackerl vor kurzem ein Gespräch gehabt. In der VOEST ist ja eine solche Anlage aufgebaut, einige Kolleginnen und Kollegen von uns haben diese Anlage besichtigt. Allerdings sind keine Erfahrungswerte über die Emissionen dort noch zu erhalten, weil Sondermüll oder Sonderabfall in der Form, wie das in Steyr geplant wäre, nicht zur Vergasung gebracht wurde. Kollege Ackerl von Linz hat mir gesagt, daß die VOEST für diese Art der Vergasung nunmehr die Genehmigung für Linz erhalten und es dort zu einem Probetrieb kommen wird. Wir werden uns die Werte von unabhängigen Fachleuten geben lassen und dann über dieses Problem diskutieren. Vorher kann ich mir nicht vorstellen, daß überhaupt dieses Problem weiterhin zur Diskussion steht in Steyr. Das ist meine Meinung. Wenn diese Werte tatsächlich so günstig sind, wie sie vom Errichter und vom Betreiber angegeben werden, dann ist das eine Diskussionsgrundlage und darüber könnte man sich dann weiter unterhalten.

Außerdem möchte ich auch hier in diesem Kreis darauf hinweisen, daß die Stadt Steyr in diesem Fall derzeit nicht Entscheidungsträger ist. Die Entscheidung liegt nicht bei uns, wir haben lediglich Parteistellung und werden diese Parteistellung natürlich entsprechend ausnutzen und nur Entscheidungen im Sinne und Interesse der Bevölkerung treffen.

Ich bitte nun Kollegen Ramoser zum Pult.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Kollege Spöck, ich freue mich natürlich, daß ich zweimal die Möglichkeit habe, über die HTV-Anlage zu sprechen, weil mein Beitrag gilt natürlich selbstverständlich auch dieser HTV-Anlage, aber der kommt erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich teile Ihre Meinung, daß Sondermüll einfach hier ist und man muß damit etwas machen. Eine Vergasung des Sondermülls ist eben zum momentanen technischen Zeitpunkt anscheinend das beste, doch die Erprobung dieser HTV-Anlage ist überhaupt noch nicht geschehen. Ich glaube, das war so der erste Tenor Ihrer Wortmeldung und da stimme ich mit Ihnen vollkommen überein. Aber was passiert als zweites? Wenn wir Sondermüll produzieren und immer mehr produzieren, dann brauchen wir immer mehr Müllverbrennungsanlagen. Das ist eine

logische Folgerung. Wenn wir also den Müll nicht vorher trennen, dann wird der Sondermüll als solcher immer mehr. Das ist das eine. Der Sondermüll entsteht jedoch in der Industrie, hauptsächlich in der Industrie und dort muß er vermieden werden. Wenn wir jetzt den Sondermüll genau so weiterproduzieren in unseren Industrien, dann wird es eben im Jahre 2000 heißen, wir brauchen eine zweite Sondermüllverbrennungsanlage, weil eine zu wenig ist. Darum gehört zu einer Sondermüllverbrennungsanlage eine Sondermülltrennungsanlage. Es ist auch unmöglich, das ist sicher jedem Bürger in Steyr bewußt, wenn man verschiedene chemische Stoffe zusammenführt, daß neue chemische Stoffe entstehen und das wurde auch noch nie vorgeführt. Man weiß heute nicht, wenn man z. B. Trafoöl vermischt mit anderem Öl, was aus diesen beiden Substanzen entsteht. Es ist auch so, daß bei der Verbrennung dieser beiden Stoffe nicht alles verschwindet, wie es uns erklärt worden ist bei der letzten Informationsveranstaltung in Münichholz. Wenn gesagt wird, es kommt oben bessere Luft heraus, als wir in Steyr haben, so ist das einfach nicht wahr. Das wurde vor 350 Bürgern in Münichholz gesagt und keiner dieser Bürger hat angenommen, daß das wirklich der Wahrheit entspricht. Wenn man also die Karten nicht offen auf den Tisch legt und wirklich sagt, was oben herauskommt oder oben herauskommen könnte, dann kann man nicht verlangen, daß die Anrainer hurra schreien, wenn diese Sondermüllverbrennungsanlage kommt.

Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, daß man mit offenen Karten spielt. Das, was hier in Steyr passiert ist um diese Sondermüllverbrennungsanlage, das ist sehr kurios, da wurde sehr viel unter dem Tisch gehandelt. Diese HTV-Anlage im VOEST-Gelände Linz zu errichten und dort einen Probetrieb zu führen, war der zweite Punkt. Wir bringen unseren Sondermüll nach Linz, dort wird er verheizt, dort wird er vergast. Es war eine Delegation von Linzern in Steyr, von der Linzer Luft, und die waren erstaunt darüber, daß das überhaupt möglich sein kann, denn sie sind ständig mit Stadtrat Ackerl im Gespräch und dieser hat versprochen, daß das nicht passieren wird, daß kein Sondermüll von Steyr in Linz verbrannt wird.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Herr Ramoser, das ist ein Irrtum. Es ist nicht daran gedacht, einen Steyrer Sondermüll, sondern einen Linzer Sondermüll, der eine ähnliche Zusammensetzung hat wie der Steyrer - dort gibt es ähnliche Industrien, die ähnlichen Sondermüll produzieren, wie Öle, Reifen, Lacke, Abfälle aus Krankenhäusern usw., die Zusammensetzung ist also ähnlich. Es ist auch nie gesagt worden, daß das so ist. Wir wollen ja auch nicht, daß Sondermüll von anderswoher zu uns geführt wird.

**GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:**

Herr Bürgermeister, bei der letzten Informationsveranstaltung ist das so gekommen. Die Leute von der Linzer Luft sind nach der Veranstaltung sofort gekommen und haben gesagt, das werden wir uns nicht gefallen lassen, daß Sondermüll von Steyr nach Linz gebracht wird. Wenn das jetzt neu ist, dann ist das zu begrüßen. Es ist bei dieser Veranstaltung gesagt worden. Diese Gruppe von der Linzer Luft war anwesend und ist nach der Veranstaltung zu uns gekommen und hat gesagt, das lassen wir uns nicht gefallen, daß wir jetzt den Sondermüll aus Steyr bekommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist nie gesagt worden.

Verschiedene Zwischenrufe.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wenn das nicht passiert, dann ist das ja kein großes Problem, dann ist das kein Grund zur Aufregung.

ZWISCHENRUF STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es hat geheißen, dort wird Sondermüll verheizt wie bei uns. Das war die dortige Aussage.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es gibt wahrscheinlich, und ich habe auch beim Anfangsgespräch des Herrn Bürgermeisters feststellen müssen, daß es Auffassungsunterschiede gibt. Wir haben darüber berichtet, daß der Bürgermeister die Möglichkeit hat, hier die Parteienstellung zu beanspruchen und der Bürgermeister kann entscheiden, ob ein Probetrieb durchgeführt wird oder nicht. Wir haben uns gestützt auf die ÖÖ. Nachrichten, wo dieser Bericht enthalten war. Es ist immer so, daß bei so heiklen Themen Schwierigkeiten auftreten können.

Um zum Abschluß zu kommen, diese HTV-Anlage muß vorerst noch gründlichst geprüft werden, bevor man überhaupt über eine Inbetriebnahme hier sprechen kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Namens der KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Grundsätzlich möchte ich die Überlegungen zur Errichtung von Müllverbrennungsanlagen für gut und notwendig heißen. Es gibt ja seit vielen Jahren das Versäumnis, daß der hochgiftige Sondermüll irgendwo unkontrolliert abgelagert bzw. deponiert wird. Daher sind Verbrennungsanlagen zweifellos in der Zukunft notwendig. Der Standortentscheidung muß aber eine intensive Diskussion über alle damit zusammenhängenden Faktoren und eine Prüfung der Umweltverträglichkeit vorausgehen. Dies kann und darf auf keinen Fall so vor sich gehen, wie dies kürzlich in einer überfallsartig anberaumten Gewerbeverhandlung des Magistrates Steyr im Gußwerk II der Steyr-Werke geschehen ist. Die Herren Gebetshuber - ein bekannter Schrotthändler- und der bekannte Steyrer Zivilingenieur Neudeck, als Betreiber einer Sondermüllverbrennungsanlage im Gußwerk II in der unmittelbaren Nähe des großen Wohngebietes Münchenholz, betrachten es als durchaus legitim, wie sie das ausdrücken, aus der Müllentsorgung einen ausschließlich gewinnorientierten Betrieb zu errichten. Dazu, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sagen wir Kommunisten ein deutliches Nein.

Daher ist sicherzustellen, daß eine Sondermüllverbrennungsanlage nur für den Bedarf des gesamten oberösterreichischen Bundeslandes konzipiert wird. Der Errichtung einer solchen Anlage muß ein Bundesgesetz über Standorte von Sondermülldeponien und Verbrennungsanlagen für ganz Österreich zugrunde liegen.

Die KPÖ wird nur einer Anlage zustimmen mit modernen technischen Verfahren, wie etwa das Hochtemperaturvergasungsverfahren der

VOEST-Alpine, jedoch nach erforderlicher längerer Erprobung, die von der öffentlichen Hand betrieben wird. Die Betreibergesellschaft muß auch im Eigentum des Landes und darf aber keinesfalls in privatem Besitz stehen. Außerdem müßte eine Kontrolle der Öffentlichkeit, etwa durch den Zugang fachkundiger kritischer Chemiker zu einer solchen Sondermüllverbrennungsanlage gewährleistet werden. Für die Errichtung einer Sondermülldeponie und Sondermüllverbrennungsanlage für die Entsorgung des in Oberösterreich anfallenden Sondermülls ist die OÖ. Landesregierung zuständig und kann meiner Meinung nach nicht Aufgabe der Stadt und kann meiner Meinung nach auch nicht Aufgabe von privaten Geschäftemachern sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es war zu erwarten, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß dieses wirklich sehr wichtige Thema einer geplanten Hochtemperaturvergasungsanlage im ehemaligen Gußwerk II auch vor diesem Gremium einmal zur Sprache kommen wird. Spätestens nach der Informationsveranstaltung am 21. des vergangenen Monats in Münchenholz ist sehr vielen klar geworden, daß wirklich sehr viele Dinge rund um die geplante Errichtung des genannten Projektes aufklärungsbedürftig sind. Ich beziehe mich jetzt gar nicht so sehr auf die technischen Belange, sondern es war doch wirklich sehr erstaunlich, daß über ein so wichtiges, sensibles Projekt, das für die Bevölkerung von so großer Bedeutung ist, nicht nur der Herr Bürgermeister Schwarz, sondern auch der zuständige Umweltschutzstadtrat Pimsl nicht informiert wurden. Ich vertrete die Auffassung, daß bereits im Anfangsstadium dieser Verhandlungen, als es bekannt wurde, daß diese beiden Herren ein derartiges Vorhaben planen, nicht nur die genannten Herren, nicht nur die genannten politischen Verantwortlichen, hätten mit einbezogen werden sollen, sondern alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen.

Ich hoffe, daß mir die Frage, die ich nun stellen werde, jemand beantworten kann. Wer hat denn wirklich von den politisch Verantwortlichen in Steyr etwas gewußt?

Meine Damen und Herren, aufklärungsbedürftig ist aber auch die Berichterstattung der Grün-Alternativen. Ich finde - das sage ich mit aller Deutlichkeit - es skandalös und unverantwortlich, wenn man hergeht und eine an sich berechtigt beunruhigte Bevölkerung noch mehr in Angst und Schrecken versetzt, indem man hergeht und mehrmals in öffentlichen Aussagen folgendes berichtet: "In Asten befindet sich ebenfalls eine Müllverbrennungsanlage. Wer die Medien verfolgt hat weiß, daß die Astener Kinder unter schwersten Gesundheitsstörungen zu leiden haben, Lungenalterung, Lungenverfall, - das kommt normalerweise nur bei alten Bergleuten vor - Wachstumsstörungen, Dekadenz, Debilitation usw. Überleben können diese Kinder nur, weil sie während der Sommerferien auf Staatskosten in Admont sind. Das gleiche Schicksal würde also auch Steyrer Kinder treffen, besonders jene aus Münchenholz, Fischhub, Hammergrund, aber auch aus Ramingdorf usw."

Meine Damen und Herren, dazu ist festzustellen, es gibt in Asten keine Müllverbrennungsanlage. Auch das ist aufklärungsbedürftig. Ich hoffe nur, daß sich so manche über diese Aussendung ihre Gedanken gemacht haben.

Unabhängig davon. meine Damen und Herren, vertrete ich die Auffas-

sung, daß wir alle miteinander verantwortlich dafür sind, wieviel Müll wir produzieren - und den werden wir einschränken müssen - und wir haben auch die Verantwortung, diesen Müll zu entsorgen. Ich verwahre mich aber dagegen, daß man - das wurde ja Gott sei Dank inzwischen klargestellt - die Steyrer Bevölkerung und die Bevölkerung der angrenzenden Gemeinden als Versuchskaninchen benützt, um diese Anlage zu testen.

Ich persönlich vertrete die Auffassung, daß wir - das sage ich nochmals - als verantwortungsbewußte Mandatäre durchaus auch die Bevölkerung darüber informieren sollen und in verstärktem Ausmaß informieren sollen, daß wir Verantwortung haben, diesen Müll zu entsorgen. Wenn die technischen Gegebenheiten vorhanden sind, dann sollten wir diese auch nützen.

Eines aber, das möchte ich zum Abschluß sagen, ist die Standortfrage. Ich vertrete die Auffassung, auch wenn eine Anlage noch so sicher ist, diese nicht in ein Wohngebiet gehört, also nicht nach Mönichholz gehört.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl hat sich als zuständiger Referent dazu gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Müllbeseitigung ist ein Thema, welches uns sehr häufig, sehr leidenschaftlich, sehr emotionell noch oft beschäftigen wird. Wir sind durchaus, dem ist nichts hinzuzufügen, dann einer Meinung, wenn wir sagen, daß wir nicht eine Umweltverschmutzung durch eine andere ersetzen wollen. Wenn es um Müllbeseitigung geht, dann muß diese so gestaltet sein, daß dadurch nicht neuerliche Umweltgefahren entstehen. Diesem Thema, Kolleginnen und Kollegen, widmen wir sehr viel unserer Zeit, aber es bemüht sich kaum jemand unter uns darum, was derzeit mit dem Müll, mit dem Sondermüll und anderem Müll, geschieht. Denn Mülltrennung ist sicher ein erfolgversprechender und unausbleiblicher Weg, um den Müllberg kleiner zu machen. Nur wird es uns nicht gelingen, auch nicht bei größten Anstrengungen, ihn zur Gänze auf diesem Weg zu beseitigen. Steyr hat auf diesem Weg bisher sehr vieles gemacht. Ich glaube, mit gutem Recht sagen zu können, auch gute, ausgezeichnete Erfolge bisher erzielt. Es ist noch nicht das Letzte und noch nicht alles, das sei zugegeben, aber wir sind auf dem besten Weg, entscheidende Verbesserungen zu erreichen.

Nur, meine Damen und Herren, was geschieht denn wirklich mit unserem Sondermüll? Es gibt nur wenige, die sich dafür interessieren. Ich interessiere mich zwangsläufig dafür als zuständiger politischer Referent. Ich stelle immer mehr fest, daß Gewerbetreibende, Firmen, in unverantwortlicher Weise ihren Müll - darunter ist sehr häufig Sondermüll - auf unseren Deponien wild ablagern, daß unsere Container, die wir für Hausmüll zur Verfügung stellen, durch solche Menschen mißbraucht und bis zum Rande und weit darüber hinaus mit Gewerbe- und Industriemüll gefüllt werden. Wir haben keine Chance, wenn wir nicht gemeinsam versuchen, das abzustellen, daß wir dann eine Kontrolle dafür haben, daß in unserer Mülldeponie nur jene Stoffe gelagert werden, die aufgrund der Bewilligung dort hinkommen sollten.

Wir verschweigen ein Problem, welches durch eine Sondermüllbeseitigung, wie sie hier geplant ist, vielleicht gelöst wird. Ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, ob der vorgesehene Standort der rich-

tige ist. Da soll uns in Zukunft durch entsprechende Gutachten dann - unsere Entscheidung, sofern sie in Steyr zu treffen ist, leichter gemacht werden. Aber wir können nicht bis dahin zuschauen, daß jeder seinen Müll dort ablegt und dorthin verführt, wo er glaubt, sich dieses Mülls am besten entledigen zu können. Da darf ich Sie bitten, mich mehr als bisher zu unterstützen. Es vergeht kein Tag, wo nicht durch Anrainer, durch umweltbewußte Mitbürger oder aus eigener Wahrnehmung ich feststellen muß, daß die Depo-nien, die wir durch die Bevölkerung in verschiedenen Stadtteilen errichtet haben, sträflich mißbraucht werden zu Zwecken, für die sie nicht vorgesehen sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl.

Ich bitte nun die GAL um ihren Beitrag zur Aktuellen Stunde.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich komme mit dem neuen alten Problem, nämlich mit der Vorgangsweise, wie diese HTV-Anlage dort errichtet werden sollte. Es ist für mich sehr verwunderlich, daß jetzt eine unheimlich große und breite Diskussion abgeführt wird über diese Anlage und genau in dem Stadium, wo diese Diskussionen stattfinden hätten sollen, wurde nicht darüber gesprochen. Das wurde genau in dieser Zeit geplant, wo die meisten Leute hier herinnen auf Urlaub waren. Ich bin mir heute nicht ganz bewußt, wie weit der Bürgermeister informiert war, was überhaupt passieren sollte im Gußwerk II. Als ich am Freitag vor diesem ominösen Dienstag, an dem diese Sondermüllanlage genehmigt werden sollte, beim Bürgermeister war, wurde mir berichtet, daß er noch nicht informiert sei, aber er werde sich anschließend gleich informieren.

Ich frage mich, wenn die Information so schlecht verbreitet wird hier im Haus, wie weit soll die Bevölkerung dann noch Vertrauen haben zu den Beschlüssen, die hier gefällt werden im Magistrat. Wenn dann besorgte Bürger zum Magistrat kommen mit einem Antrag um Parteienstellung und dann wird von den zuständigen Beamten erklärt, Sie sind Bürger von Behamberg und wenn Sie diesen Antrag abgeben, dann werde ich Ihnen die Polizei nach Hause schicken. Wenn so gearbeitet wird, dann frage ich mich, wo soll hier Vertrauen aufgebaut werden? Wenn Sie, Herr Bürgermeister, am Beginn dieser Sitzung gesagt haben, wir brauchen mehr Kultur in unserer Politik und wir werden dann nicht einmal informiert, daß solche Anlagen gebaut werden, und müssen erst nachträglich erfahren, daß das kurzerhand ohne unser Wissen durchgezogen werden sollte, dann frage ich mich, wo ist die Parteikultur? Man will uns scheinbar ja gar nicht informieren.

Wenn Magistratsbeamte Bürgern die Polizei nach Hause schicken oder sagen, nach der Herkunft dieser Schreibmaschine wird gefahndet, wobei bloß ein Antrag auf Parteienstellung, das Recht eines jeden Bürgers, bei diesem Beamten gestellt wurde. Ich frage mich nochmals, warum wollen hier Leute etwas verhindern, was sie nicht verhindern bräuchten? Wenn man mit offenen Karten spielt und die Leute informiert, bevor man solche Verhandlungen durchführt, dann gibt es solche Aufregungen nicht, dann gibt es keine überhasteten Flugblätter von der GAL, die innerhalb von 2 Tagen sich aktivieren müssen, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Es gibt dann nicht die Möglichkeiten, daß man sämtliche Zeitungen, die bereit sind, über dieses Thema zu schreiben, ansprechen muß. Gerade diese

Zeitungen halten dann wieder beim Herrn Bürgermeister Rücksprache. Dann passiert etwas und ich habe wirklich den Verdacht, daß man hier ganz bewußt Leute ausschalten wollte. Ich frage mich auch, wenn es hier jetzt Diskussionen gibt, vor zwei Tagen bekam ich eine Einladung zur Umweltausschußsitzung und hier wurde wieder nicht dieser Punkt behandelt, dann frage ich mich, ist überhaupt ein Interesse da, daß man eventuell offen über dieses Thema sprechen will? Wenn man Umweltausschußsitzungen macht, müßte man auf jeden Fall diese HTV-Anlage in das Programm mit hineinnehmen. Man kann keine Tagesordnung verfassen, in der diese HTV-Anlage fehlt. Das sind meine Bedenken.

Wenn man mit anderen politischen Parteien vernünftig redet, gibt es auch vernünftige Aussagen. Aber so auf die Art, wir lassen sie halt dumm sterben, dagegen werden wir uns wehren.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich möchte zur Aufklärung einiges dazu sagen. Es ist ein Antrag eingelangt von den Betreibern seinerzeit, genau so wie jeder einen Antrag einbringen kann und der wurde von der zuständigen Abteilung entsprechend der gesetzlichen Bestimmung behandelt. Ich darf darauf hinweisen, daß ich, als ich vom Urlaub zurückkam, das war dieser ominöse Freitag, sofort von Kollegen Pimsl informiert wurde über diese Situation. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Kollegen Pimsl - er kann das nicht machen, das kann nur ich machen - diese Verhandlung aufgrund der großen Problematik, die ich darin gesehen habe und aufgrund von Umständen, die noch nicht klar waren, abgesetzt. In einem Gespräch von 10 Minuten ist das erledigt worden. Das war der Vorgang. Die Beamten haben aufgrund ihrer Aufgabenstellung hier gehandelt. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn eine entsprechende Information ergangen wäre - ich möchte aber das jetzt gar nicht aufwärmen. So war es tatsächlich. Kollege Pimsl möchte als zuständiger Referent dazu etwas sagen.

**STADTRAT RUDOLF PIMSL:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorerst einmal eines. Kollege Ramoser hat hier nicht zu bestimmen, was ich zur Umweltausschußsitzung auf die Tagesordnung setze. Das wird noch immer der Referent und die Mehrheitsfraktion und wenn möglich in Abstimmung mit anderen Fraktionen machen. Aber nicht der Herr Ramoser wird bestimmen, was ich zu tun habe. Die Wähler bestimmen, was wir zu tun haben und die Wähler haben befunden, daß die sozialistische Fraktion in dieser Stadt die Mehrheit haben soll. Wir werden diesen Wählerauftrag in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen erfüllen. Das ist das eine. Zum anderen besteht immer die Möglichkeit, bei der Tagesordnung, die in diesen Ausschüssen erstellt wird, unter dem Punkt "Allfälliges" jedes beliebige Thema, welches zum Referat paßt, anzuschneiden. Das zur Aufklärung. Zum anderen meine ich, daß gerade das Thema HTV-Anlage sehr wohl in den letzten Wochen öffentlich und auch im Magistrat ausführlich behandelt wurde und keine neuen Erkenntnisse in dieser Frage es zu berichten oder zu informieren gibt. Daher glaube ich, braucht man derzeit in dieser Sitzung des Umweltausschusses und -beirates dieses Thema nicht unbedingt behandeln, sofern nicht ein Wunsch dazu besteht.

Ich halte es außerdem für sehr unfair, um nichts anderes zu sagen, wenn die Gelegenheit der Aktuellen Stunde dazu benützt wird, Mit-

arbeiter des Magistrates in dieser unqualifizierten Form anzugreifen. Weil diese Behauptungen weder bewiesen, noch wahr sind, wie ich es weiß.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:  
Wir haben Dr. Viol davon verständigt.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Laß bitte mich reden, sei ruhig. Ich halte auch meinen Mund, wenn Du redest.

Es ist selbstverständlich klar, daß Betriebsbewilligungsverfahren in der Woche oft nicht nur eines sondern sehr viele stattfinden, weil von verschiedenen Betrieben, ob Industrie oder Gewerbe, um Betriebsbewilligungen angesucht werden. Diese sind laut Gesetz durchzuführen, wobei natürlich die Bewilligung selbst meistens an Auflagen gebunden ist, die auch wieder der Gesetzgeber oder der Magistrat in eigener Angelegenheit vorschreibt. Es wird keine Betriebsbewilligung eines Referenten, eines städtischen Referenten, geben, die nicht im Einklang mit bestehenden Gesetzen steht. Es ist daher eine maßlose Verdächtigung zu unterstellen, und bedauerlicherweise mußte die gleiche Person, die man heute verdächtigt, ehrenrührig gehandelt zu haben, einen Telefonterror hinnehmen, den ich niemandem wünsche. Weil man offenbar in gewissen Kreisen glaubt, ihre Belange dann besser durchsetzen zu können, wenn man nicht nur den Referenten, sondern die ganze Familie in Angst und Schrecken versetzt. Ein Vorgang, der auf das schärfste zu verurteilen ist. Aber darüber spricht Herr Ramoser natürlich nicht. Es ist ihm ja sicher nicht daran gelegen, auch korrekt jenen Schutz angedeihen zu lassen, die diesen Schutz von uns sehr wohl erwarten dürfen.

Wir sind selbstverständlich, Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, wenn Mißstände innerhalb der Beamten tatsächlich vorkommen sollten, diese umgehend abzustellen. Es ist vor allem auch der oberste Beamte der Stadt, der Herr Magistratsdirektor, von Amts wegen dazu angehalten und er tut es, wenn ihm Vorkommnisse bekannt werden, sofort, ohne auf eine Anfrage im Gemeinderat zu warten, diese abzustellen.

Aber ich bitte Sie um eines, lassen Sie auch den Beamten Gerechtigkeit zukommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte nur ein paar Worte dazusagen. Und zwar, wie die Sache damals aufgetaucht ist, war Bürgermeister Schwarz auf Urlaub und ich war damals der geschäftsführende Bürgermeister. Ich habe sofort, noch am gleichen Tag, als ich von der MA I, von dem Beamten, erfahren habe, daß da eine Verhandlung anberaumt wäre, mich in Verbindung gesetzt mit Stadtrat Pimsl. Am nächsten Tag ist dann Bürgermeister Schwarz vom Urlaub zurückgekommen und einvernehmlich wurde dann die Verhandlung abberaumt.  
Mehr brauche ich dazu sicher nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Seitens der ÖVP bitte ich Kollegen Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!  
Ich möchte nur ein paar Dinge dazu sagen, um aufgezeigte Mängel zu berichtigen. Ich glaube, über die Sondermüll-Vergasungsanlage, Hochtemperaturvergasungsanlage wurde genug gesagt. Die Meinungen und Standpunkte auch unserer Fraktion sind dargelegt. Ich glaube, viel mehr Vorsorge kann man als verantwortlicher Politiker nicht treffen. Es wurden jetzt alle Maßnahmen ergriffen, nachdem das bekannt war und wir bekennen uns einmütig dazu, daß man diese Versuche langfristig abwartet und nach den Ergebnissen wieder prüft, die Gutachten heranzieht und dann eventuell eine Entscheidung findet. Zu dem Vorwurf, daß die Gewerbebetriebe sehr viel Sondermüll vorschriftswidrig ablagern, dazu möchte ich eines bemerken, es mag durchaus sein, daß von den Gewerbebetrieben und auch von der Industrie dieses durch den verstärkten Anfall tatsächlich der Fall ist. Auf der anderen Seite war aber bitte bis vor kurzem das Problem Sondermüll eigentlich überhaupt nicht akutell. Bis vor relativ kurzer Zeit ist der Müll - da hat auch die GAL kein Wort davon gesprochen, weil niemand gewußt hat, daß es das gibt. Es war latent, aber daß z. B. leere Lackdosen und dergleichen Sondermüll darstellen, wußte niemand, das wurde einfach auf die Mülldeponien geführt. Ich glaube, man sollte in Zukunft erstens einmal - im Jahre 1988 soll ja ein neues Sondermüllgesetz Geltung erhalten - diese gesetzlichen Bestimmungen öffentlich im Amtsblatt veröffentlichen, damit man die Leute aufmerksam macht und unter Umständen auch schärfer kontrolliert bei den Containern. Da bin ich durchaus dafür. Dann wird sich die Bevölkerung, wenn sich das Bewußtsein - dieses Bewußtsein wird ja immer stärker - durchsetzt auch daran halten. Das kann ich mit gutem Gewissen sagen. Soweit meine Stellungnahme zum Sondermüll und zu dieser Vergasungsanlage. Ich bin der Auffassung, wir tun wirklich sehr sehr viel hier im Gemeinderat und ich glaube, wir werden das auch im Umweltschutz entsprechend behandeln. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Ich habe heute schon im Rahmen der Aktuellen Stunde zu diesem Thema grundsätzlich die Meinung der kommunistischen Fraktion zum Ausdruck gebracht und brauche es jetzt, weil es neuerdings aufgerollt wurde, nicht besonders unterstreichen.  
Nun zu den Vorwürfen, die von Kollegen Ramoser hier gekommen sind. Ich glaube auch, Kollege Ramoser, daß Du Dir das in Zukunft doch etwas mehr überlegen sollst. Es kann ja vorkommen, daß irgend jemand, der Antragsteller ist, Dir etwas erzählt, aber ungeprüft ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das wurde geprüft!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ober doch nicht von Dir.  
Aber ungeprüft würde ich Dir nicht empfehlen, das so in der Öffentlichkeit zu sagen, weil auch der Beamte die Möglichkeit hat, dementsprechend Dich aufgrund des Wortprotokolls zu belangen.  
Ich glaube, es ist nicht die Frage in diesem Zusammenhang, ob der

Beamte, der diese Gewerbeverhandlung angesetzt hat über diese Müllverbrennungsanlage, das muß er ja, wenn ein Antrag kommt. Aber - da hat er recht, der Kollege Ramoser - daß in Zukunft die zuständigen Beamten die Weisung bekommen und einen Weisungsberechtigten, daß, wenn solche Anträge gestellt werden, die nicht nur einen kleinen Teil, nämlich die Umgebung oder die Nachbarn betreffen, sondern ein ganzes Stadtgebiet und darüber hinaus, dann wäre es schon Aufgabe, daß darüber auch der Magistrat informiert wird und darüber hinaus vor allem auch die politischen Parteien, die dafür zuständig sind. Das heißt, daß die Parteien wieder mehr Entscheidungs- und Mitspracherecht bekommen, wenn es um die Belange der Bevölkerung geht. So möchte ich das sehen, daß man in Zukunft vorbeugen soll und bei wichtigen Bauvorhaben oder solchen Entscheidungen, die die Umwelt sehr einschneidend belasten, sich die zuständigen Ausschüsse im Gemeinderat, aber im besonderen in demokratischer Weise auch die Frage in einer Informationssitzung des Gemeinderates behandelt oder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Und nicht daß irgend eine Partei, ob es eine große oder kleine ist, die Aktuelle Stunde benützen muß, um diese entscheidende Frage überhaupt in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:  
Ich habe meine Stellungnahme bereits vorher bekanntgegeben und möchte daher jetzt nichts mehr dazu sagen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Namens der KPÖ zur Aktuellen Stunde? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Sie können sich sicherlich denken, wo ich das Hauptthema der heutigen Aktuellen Stunde sehe. Ich habe das einleitend bereits bei einer anderen Gelegenheit schon zum Ausdruck gebracht.  
Ich möchte nur erinnern, daß ich als Sprecher der Kommunisten hier im Gemeinderat seit vielen Jahren die verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik der Steyrer Werkdirektion aufgezeigt habe. Gleichzeitig trat ich gegen die ständige Schrumpfung der Belegschaft und gegen die Zergliederung des einheitlichen Konzerngefüges auf. Die Strukturpolitik des Vorstandes und der CA kann - das möchte ich ganz deutlich unterstreichen - offenbar nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung geschehen - das möchte ich ganz deutlich unterstreichen, führte in den letzten Jahren dazu, daß mehr als 3000 Arbeitsplätze in den Steyr-Werken verloren gingen. Bereits im Juli dieses Jahres, angesichts der angekündigten weiteren Abbauwellen verlangte ich vom Gemeinderat Gegenmaßnahmen im Interesse der Betroffenen der Stadt und der Umlandgemeinden. Einstimmig, das hat heute der Bürgermeister schon berichtet, wurde in der Gemeinderatsitzung vom 24. September eine Resolution beschlossen, in der mit allem Nachdruck von der Bundesregierung, besonders von Bundeskanzler Vranitzky, dem Eigentümervertreter der CA, Hannes Androsch, und auch vom Landeshauptmann von Oberösterreich die weitere ungeschmälernte Existenz der Steyr-Werke und die damit verbundene Erhaltung der Arbeitsplätze verlangt wurde. Ebenso wurde die Aufhebung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 17. damals gefordert, der Kündigungen und die Reduzierung sozialer Errungenschaften beinhaltet.  
Seither, meine Damen und Herren, sind Wochen vergangen. Heute genau sind es sechs Wochen und es folgten weder von der Bundesregierung, konkret von Bundeskanzler Vranitzky, von CA-Generaldirektor Androsch, positive Reaktionen. Es gab über-

haupt keine Reaktion bis jetzt auf diese Resolution. Die SP-Bonzen in der Regierung und in der CA waren also bis heute nicht bereit, eine Abordnung der Steyrer Gemeindepolitiker mit ihrem Bürgermeister an der Spitze, nämlich Heinrich Schwarz, nur zu einem Gespräch zu empfangen. Der Bürgermeister hat schon einleitend dieser Sitzung darauf verwiesen, daß es ihm möglich war, anlässlich des 30. SP-Parteitages den Herrn Bundeskanzler dazu zu bewegen, daß er 60 Minuten geopfert hat, um mit dem Bürgermeister und mit den Betriebsratsvorsitzenden der Steyr-Daimler-Puch zu sprechen. Aber, meine Damen und Herren, im Gegensatz dazu wurde vor allem in diesen 6 Wochen der Vorstand der Steyr-Werke mit Generaldirektor Voisard an der Spitze sehr aktiv. Seit diesem Tag sind fast 120 Angestellte und rund 400 Arbeiter nach oft jahrzehntelanger Arbeit in diesem Betrieb gefeuert worden und verloren ihren Arbeitsplatz. Rund 4000 Arbeiter und Angestellte haben in den letzten Jahren durch Kurzarbeit tausende Schilling Lohn- und Gehaltsreduzierung hingenommen. Nur dadurch, so erklärten die Betriebskaiser - das sage ich auch jetzt - könnten die Arbeitsplätze im Werk gesichert werden. Wie das aussieht, habe ich jetzt gerade erklärt. Nun wird gerade der Zentralbetriebsratsvorsitzende und Abgeordnete unserer Region, Leithenmayr, zum Vorreiter des Lohn- und Gehaltabbaues. Am Montag, ich glaube, das habe nicht nur ich gesehen, trat er im Fernsehen dafür ein, daß die noch im Werk verbleibenden Arbeiter und Angestellten in den nächsten 3 Jahren auf Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichten sollen. Immerhin sind das im Durchschnitt pro beschäftigtem Arbeiter mehr als S 2.600,-. Kollege Pimsl war so höflich und hat das der Presse mitgeteilt, bei den Angestellten ist das viel mehr. Mit anderen Worten, die rund 5000 Arbeiter und Angestellten verlieren demnach in den nächsten drei Jahren mindestens 120 - wie Pimsl sagte, sogar bis zu 150 Millionen Schilling. Aber dafür bekommen sie ja ein Papier in Form der sogenannten jungen Aktien, bei denen die nicht unbegründete Gefahr besteht, wie Sie wissen, daß der Besitzer dieser jungen Aktie wahrscheinlich auf einem Muster ohne Wert sitzen bleibt. Es zeigt sich immer deutlicher, seit die SPÖ-Führung mit der verstaatlicht-feindlichen, ich möchte fast sagen reaktionären Führung der ÖVP in Koalition sitzt, und die Gewerkschaftsführung vollkommen versagt hat, wird der Einfluß der Arbeiterbewegung immer weiter zurückgedrängt. So haben in jüngster Zeit auch Beispiele gezeigt in unserem Land, daß die Mitwirkung der Belegschaftsvertreter den Beschäftigungsabbau, den Lohn- und Gehaltsabbau und anderes, die Zergliederung z. B. und den Niedergang eines Großunternehmens keineswegs verhindert.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es wäre auch Aufgabe von uns allen, sich stärker einzusetzen mit den Betroffenen, um hier die Arbeitsplätze in unserer Region im eigenen Interesse zu sichern. Ich möchte nicht wiederholen, was ich in der letzten Sitzung erwähnt habe, daß damit nicht nur die Arbeiter und Angestellten entschieden getroffen werden, sondern auch die ganzen Stadtfinanzen in unserer Stadt und darüber hinaus auch in den Umlandregionen. Ich glaube, daß es in Zukunft unsere Aufgabe sein wird, uns mehr zu engagieren, wenn das auch nicht immer von den zuständigen Vertretern erfolgt.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke. Namens der SPÖ hat sich Kollege Pimsl dazu gemeldet.

**STADTRAT RUDOLF PIMSL:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Kollege Otto Tremml! Trotz Deiner Polemik werde ich Dir eines gerne zugute halten und bestätigen, anlässlich der langen Kenntnis Deiner Person, daß Du über die Anliegen der Beschäftigten der Steyr-Werke und über die Auswirkungen der Stadt Dir echte Sorgen machst. Aus Verbundenheit mit den Beschäftigten, aus Verbundenheit und Verantwortung der Stadt. Das sei meiner Erwiderung vorausgestellt.

Aber ich muß Dich schon bitten, wenn Du aus Deiner Sicht Dinge kritisierst, mußst Du auseinanderhalten, inwieweit hier die Dinge aus purem Übermut, aus Leichtsinn, aus sonstigen Gründen passieren, oder ob unsere Situation, die Du sehr eindring-

lich schilderst, nicht das Ergebnis einer langen Entwicklung ist, die zu begegnen den Mitarbeitern, den Verantwortlichen, aber vor allem den Betriebsräten dieses Werkes - ich finde auch Deinen Ausspruch Betriebskaiser nicht unbedingt als beleidigend. Denn wären wir es, könnten wir vielleicht manches, was uns mißfällt, besser abwehren oder überhaupt verhindern. Leider ist dem nicht ganz so, obwohl ich unsere Stärke dank des Vertrauens der Belegschaft keinesfalls in Abrede stellen möchte. Das wäre eher traurig.

Aber wenn Du über die falsche Unternehmenspolitik des Unternehmens diskutieren willst, dann darf ich Dich ersuchen, morgen bei der Podiumsdiskussion diese heute hier im Gemeinderat getätigten Anfragen und Aussagen vorzubringen, weil ich nicht in der Lage bin, - ich bin nicht Unternehmensvertreter - darauf eine Antwort zu geben. Aber ich gebe Dir dort eine Antwort, wo es die Mitarbeiter und das Vorgehen des Betriebsrates betrifft.

Meine Damen und Herren, es ist für einen Betriebsrat und für eine Gewerkschaft, die 40 Jahre bemüht war, für ihre Mitglieder, für ihre Kolleginnen und Kollegen im Betrieb aus einer wirtschaftlich guten Entwicklung heraus, die seit den 50iger Jahren, wo wir die ersten zaghaften Erfolge erreicht haben, uns immer mehr ein Stück des Unternehmenserfolges auch selbst zugute schreiben konnten, nun eine Zeit eingetreten, wo nicht nur die Steyr-Werke sondern weltweit die Wirtschaft sich in schwieriger Situation befindet. Es ist für jemanden wie für mich und auch für Kollegen Leithenmayr u. andere Kollegen nicht ganz leicht, zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß diese Zeiten vorbei sind und wir nach neuen Wegen und Strategien suchen müssen, um zu verhindern, daß wir all jenes, was wir gemeinsam erstritten, erkämpft und erarbeitet haben, wieder verlustig werden. Wir versuchen es von einer Warte aus, die ungleich, Kolleginnen und Kollegen, besser ist, als im Jahre 0 nach Kriegesende. Dort hatten wir weder etwas zu verlieren, wir hatten nur alles zu gewinnen. Heute können wir vieles, wenn nicht alles verlieren, wenn wir die Dinge so betreiben, wie es manche von uns wollen. Dann werden wir schneller, als uns lieb ist, noch mehr Arbeitslose und einen gesperrten Betrieb unter Umständen vorfinden. Denn die wirtschaftlichen Zwänge sind auch für einen Betriebsrat und für jeden Mitarbeiter in unserem Betrieb sichtbar. Die Stimmung ist nicht deswegen gedrückt, weil uns der Vorstand, der Eigentümer, sozusagen ständig neue Auflagen erteilt aus purem Übermut, sondern weil in Kenntnis der ernstesten Situation jeder Einzelne unserer Mitarbeiter Ängste hat, die nichts mit dem zu tun haben, was unter Umständen an Übergriffen eines Unternehmens zu werten sei. Ich darf Dir auch sagen, lieber Otto, daß Du Kollegen Leithenmayr dafür verantwortlich machst, daß wir einen neuen Weg beschreiten, Gehaltserhöhungen durch andere Möglichkeiten auszugleichen, dann stelle ich mich auf die gleiche Stufe und auf die gleiche Ebene wie Kollege Leithenmayr, denn ich bekenne mich dazu, auch in dieser Frage gemeinsam und wenn Du willst auch unter Umständen einige Ideen eingebracht zu haben, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Denn das, was von uns gefordert wurde, war wesentlich mehr. Was ist denn die Wirklichkeit, Kolleginnen und Kollegen? Es wird in den Kollektivverträgen, die die Gewerkschaften abschließen, etwa in jährlichen Interwallen, die Möglichkeit eröffnet, Ist-Gehaltserhöhungen anstatt in Prozentsätzen durch Bargeld im gleichen Ausmaß durch ein Wertpapier gleichwertig zu ersetzen. Es ist noch dazu möglich in einer steuerbegünstigten Form. Es ist gleichzeitig eine Mitbeteiligung, ein Modell, welches auch uns Gewerkschafter und Betriebsräte bisher nicht sehr interessant und schmackhaft vorgekommen ist, aber es ist immerhin ein Modell, wo die Mitarbeiter am Unternehmenserfolg in dieser Form auch teilhaben können. Gelingt es uns, - ich bin ein unverbesserlicher Optimist, als Mitarbeiter, der vierzig Jahre in diesem Unternehmen beschäftigt ist und der seine Kolleginnen und Kollegen und vor allem ihre Qualitäten kennt. Auf die vertraue ich in erster Linie und nicht auf unsere Manager.

Da meine ich, daß wir guten Grund haben, jenen Optimismus aufzubringen, daß wir

in drei Jahren mit diesem Wertpapier, sprich Aktie, nicht nur den Gegenwert erlösen werden können, wenn man will, sondern unter Umständen sogar wesentlich mehr dafür bekommen. Aber zugegebenerweise, lieber Otto, ist eine Aktie ein Risikopapier. Wir haben das in den jüngsten Tagen sehen müssen, daß Sepkualtionen, einen Wertzuwachs in kürzester Zeit weit hinausgehend über das normale Ausmaß zu erreichen, irgendwann einmal auch Einhalt geboten wird und daß halt dann jene Mächte, die nicht die unseren sind, das Handeln haben und nicht jene, die vertrauensselig diesen Weg mitgegangen sind.

Das sei hier sehr deutlich gesagt. Aber zu dem Vorwurf, daß der Bundeskanzler für die Stadt und für die Belegschaft keine Zeit gehabt hat, da dürftest Du nicht ganz den Erläuterungen des Bürgermeisters zugehört haben, der bei seinen Mitteilungen sehr wohl aufmerksam gemacht hat. Nicht nur Zeit, sondern auch Verständnis, und das alleine würde sicherlich nicht ausreichen, sondern wie ich meine - da bin ich, glaube ich, im Gleichklang mit dem Bürgermeister - auch Hilfe erwarten darf. Das gleiche gilt, soferne und so viel ich den Eigentümerversorger, in dem Fall Generaldirektor Androsch, öffentlich oft kritisieren. Dazu muß ich eines sagen, es war in dem Fall Generaldirektor Androsch, der als Eigentümerversorger es möglich macht, daß die Stadtgemeinde Steyr das Reithoffer-Areal zu jenen Konditionen bekommen kann, die wir uns vorgestellt haben. Das ist ein Wert, der es uns erst ermöglicht, eine weitere Überlegung anzustellen. Es war sehr wohl von Generaldirektor Androsch ein Termin ausgemacht mit dem Herrn Bürgermeister, es hat sich nur deswegen erübrigt, weil er mich - ich kann nichts dafür, ich habe mich nicht dazu auserwählt - in meiner Funktion als Stadtrat der Stadt Steyr beauftragt hat, dem Bürgermeister zu übermitteln, daß er mit unserem Wunsch, diesen Grund zu den Konditionen kaufen zu können, einverstanden ist.

Ja, meine Damen und Herren, ich will hier niemandem Lorbeerkränze flechten, der sie nicht braucht und auch nicht immer verdient. Aber der Wahrheit sollte man schon Rechnung tragen. In diesem Sinne darf ich meinen Beitrag verstanden wissen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich möchte als Bürgermeister auch etwas dazu sagen. Es ist nicht so, daß das Bundeskanzleramt nicht reagiert hat auf unser Schreiben, sondern dieser Termin wurde in Anbetracht der Umstände, daß eine ganze Reihe unserer Funktionäre in Wien war zu diesem Zeitpunkt, festgelegt. Ich möchte da sehr deutlich sagen, daß es natürlich für uns ein Riesenproblem ist, mit dem wir uns beschäftigen. Aber liebe Freunde, ich muß sagen, wir sind nicht die Einzigen. Es waren dort auch die Abgeordneten der obersteirischen Regionen Mürzzuschlag, Leoben, Kapfenberg, Vordernberg, Donawitz usw. Die sind auch mit den gleichen Problemen gekommen. Das ist wirklich eine Aufgabenstellung für die Bundesregierung, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Das ist gar nicht so einfach. Es gibt natürlich darüber hinaus noch viele andere Dinge. Ich würde das daher nicht so bagatellisieren, wir haben immerhin intensivst eine Stunde, mehr als eine Stunde lang verhandelt. Wenn ich sage eine Abordnung der Stadt, dann muß ich sagen, Stadtrat Pimsl und Kollege Leithenmayr sind schließlich auch verantwortliche Funktionäre in Steyr und haben dort mit mir diese Interessen vertreten.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Was ist denn mit dieser Resolution geworden?

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Diese Resolution ist in diesem Gespräch behandelt worden, und zwar ausführlich behandelt worden. Unsere Vorstellungen in dieser Resolution wurden von uns nochmals gründlich erläutert und dargestellt. Dasselbe gilt für die Resolution, die auch an Generaldirektor Androsch ergangen ist. Ich wurde laufend informiert über die Gespräche, die die Belegschaftsvertretung mit der Generaldirektion geführt hat. Ich weiß, wie kritisch und schwierig die Situation ist, aber ich glaube,

lich schilderst, nicht das Ergebnis einer langen Entwicklung ist, die zu begegnen den Mitarbeitern, den Verantwortlichen, aber vor allem den Betriebsräten dieses Werkes - ich finde auch Deinen Ausspruch Betriebskaiser nicht unbedingt als beleidigend. Denn wären wir es, könnten wir vielleicht manches, was uns mißfällt, besser abwehren oder überhaupt verhindern. Leider ist dem nicht ganz so, obwohl ich unsere Stärke dank des Vertrauens der Belegschaft keinesfalls in Abrede stellen möchte. Das wäre eher traurig.

Aber wenn Du über die falsche Unternehmenspolitik des Unternehmens diskutieren willst, dann darf ich Dich ersuchen, morgen bei der Podiumsdiskussion diese heute hier im Gemeinderat getätigten Anfragen und Aussagen vorzubringen, weil ich nicht in der Lage bin, - ich bin nicht Unternehmensvertreter - darauf eine Antwort zu geben. Aber ich gebe Dir dort eine Antwort, wo es die Mitarbeiter und das Vorgehen des Betriebsrates betrifft.

Meine Damen und Herren, es ist für einen Betriebsrat und für eine Gewerkschaft, die 40 Jahre bemüht war, für ihre Mitglieder, für ihre Kolleginnen und Kollegen im Betrieb aus einer wirtschaftlich guten Entwicklung heraus, die seit den 50iger Jahren, wo wir die ersten zaghaften Erfolge erreicht haben, uns immer mehr ein Stück des Unternehmenserfolges auch selbst zugute schreiben konnten, nun eine Zeit eingetreten, wo nicht nur die Steyr-Werke sondern weltweit die Wirtschaft sich in schwieriger Situation befindet. Es ist für jemanden wie für mich und auch für Kollegen Leithenmayr u. andere Kollegen nicht ganz leicht, zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß diese Zeiten vorbei sind und wir nach neuen Wegen und Strategien suchen müssen, um zu verhindern, daß wir all jenes, was wir gemeinsam erstritten, erkämpft und erarbeitet haben, wieder verlustig werden. Wir versuchen es von einer Warte aus, die ungleich, Kolleginnen und Kollegen, besser ist, als im Jahre 0 nach Kriegesende. Dort hatten wir weder etwas zu verlieren, wir hatten nur alles zu gewinnen. Heute können wir vieles, wenn nicht alles verlieren, wenn wir die Dinge so betreiben, wie es manche von uns wollen. Dann werden wir schneller, als uns lieb ist, noch mehr Arbeitslose und einen gesperrten Betrieb unter Umständen vorfinden. Denn die wirtschaftlichen Zwänge sind auch für einen Betriebsrat und für jeden Mitarbeiter in unserem Betrieb sichtbar. Die Stimmung ist nicht deswegen gedrückt, weil uns der Vorstand, der Eigentümer, sozusagen ständig neue Auflagen erteilt aus purem Übermut, sondern weil in Kenntnis der ernstesten Situation jeder Einzelne unserer Mitarbeiter Ängste hat, die nichts mit dem zu tun haben, was unter Umständen an Übergriffen eines Unternehmens zu werten sei. Ich darf Dir auch sagen, lieber Otto, daß Du Kollegen Leithenmayr dafür verantwortlich machst, daß wir einen neuen Weg beschreiten, Gehaltserhöhungen durch andere Möglichkeiten auszugleichen, dann stelle ich mich auf die gleiche Stufe und auf die gleiche Ebene wie Kollege Leithenmayr, denn ich bekenne mich dazu, auch in dieser Frage gemeinsam und wenn Du willst auch unter Umständen einige Ideen eingebracht zu haben, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Denn das, was von uns gefordert wurde, war wesentlich mehr. Was ist denn die Wirklichkeit, Kolleginnen und Kollegen? Es wird in den Kollektivverträgen, die die Gewerkschaften abschließen, etwa in jährlichen Interwallen, die Möglichkeit eröffnet, Ist-Gehaltserhöhungen anstatt in Prozentsätzen durch Bargeld im gleichen Ausmaß durch ein Wertpapier gleichwertig zu ersetzen. Es ist noch dazu möglich in einer steuerbegünstigten Form. Es ist gleichzeitig eine Mitbeteiligung, ein Modell, welches auch uns Gewerkschafter und Betriebsräte bisher nicht sehr interessant und schmackhaft vorgekommen ist, aber es ist immerhin ein Modell, wo die Mitarbeiter am Unternehmenserfolg in dieser Form auch teilhaben können. Gelingt es uns, - ich bin ein unverbesserlicher Optimist, als Mitarbeiter, der vierzig Jahre in diesem Unternehmen beschäftigt ist und der seine Kolleginnen und Kollegen und vor allem ihre Qualitäten kennt. Auf die vertraue ich in erster Linie und nicht auf unsere Manager.

Da meine ich, daß wir guten Grund haben, jenen Optimismus aufzubringen, daß wir

in drei Jahren mit diesem Wertpapier, sprich Aktie, nicht nur den Gegenwert erlösen werden können, wenn man will, sondern unter Umständen sogar wesentlich mehr dafür bekommen. Aber zugegebenerweise, lieber Otto, ist eine Aktie ein Risikopapier. Wir haben das in den jüngsten Tagen sehen müssen, daß Spekulationen, einen Wertzuwachs in kürzester Zeit weit hinausgehend über das normale Ausmaß zu erreichen, irgendwann einmal auch Einhalt geboten wird und daß halt dann jene Mächte, die nicht die unseren sind, das Handeln haben und nicht jene, die vertrauensselig diesen Weg mitgegangen sind.

Das sei hier sehr deutlich gesagt. Aber zu dem Vorwurf, daß der Bundeskanzler für die Stadt und für die Belegschaft keine Zeit gehabt hat, da dürftest Du nicht ganz den Erläuterungen des Bürgermeisters zugehört haben, der bei seinen Mitteilungen sehr wohl aufmerksam gemacht hat. Nicht nur Zeit, sondern auch Verständnis, und das alleine würde sicherlich nicht ausreichen, sondern wie ich meine - da bin ich, glaube ich, im Gleichklang mit dem Bürgermeister - auch Hilfe erwarten darf. Das gleiche gilt, soferne und so viel ich den Eigentümerversorger, in dem Fall Generaldirektor Androsch, öffentlich oft kritisiere. Dazu muß ich eines sagen, es war in dem Fall Generaldirektor Androsch, der als Eigentümerversorger es möglich macht, daß die Stadtgemeinde Steyr das Reithoffer-Areal zu jenen Konditionen bekommen kann, die wir uns vorgestellt haben. Das ist ein Wert, der es uns erst ermöglicht, eine weitere Überlegung anzustellen. Es war sehr wohl von Generaldirektor Androsch ein Termin ausgemacht mit dem Herrn Bürgermeister, es hat sich nur deswegen erübrigt, weil er mich - ich kann nichts dafür, ich habe mich nicht dazu auserwählt - in meiner Funktion als Stadtrat der Stadt Steyr beauftragt hat, dem Bürgermeister zu übermitteln, daß er mit unserem Wunsch, diesen Grund zu den Konditionen kaufen zu können, einverstanden ist.

Ja, meine Damen und Herren, ich will hier niemandem Lorbeerkränze flechten, der sie nicht braucht und auch nicht immer verdient. Aber der Wahrheit sollte man schon Rechnung tragen. In diesem Sinne darf ich meinen Beitrag verstanden wissen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich möchte als Bürgermeister auch etwas dazu sagen. Es ist nicht so, daß das Bundeskanzleramt nicht reagiert hat auf unser Schreiben, sondern dieser Termin wurde in Anbetracht der Umstände, daß eine ganze Reihe unserer Funktionäre in Wien war zu diesem Zeitpunkt, festgelegt. Ich möchte da sehr deutlich sagen, daß es natürlich für uns ein Riesenproblem ist, mit dem wir uns beschäftigen. Aber liebe Freunde, ich muß sagen, wir sind nicht die Einzigen. Es waren dort auch die Abgeordneten der obersteirischen Regionen Mürzzuschlag, Leoben, Kapfenberg, Vordernberg, Donawitz usw. Die sind auch mit den gleichen Problemen gekommen. Das ist wirklich eine Aufgabenstellung für die Bundesregierung, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Das ist gar nicht so einfach. Es gibt natürlich darüber hinaus noch viele andere Dinge. Ich würde das daher nicht so bagatellisieren, wir haben immerhin intensivst eine Stunde, mehr als eine Stunde lang verhandelt. Wenn ich sage eine Abordnung der Stadt, dann muß ich sagen, Stadtrat Pimsl und Kollege Leithenmayr sind schließlich auch verantwortliche Funktionäre in Steyr und haben dort mit mir diese Interessen vertreten.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Was ist denn mit dieser Resolution geworden?

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Diese Resolution ist in diesem Gespräch behandelt worden, und zwar ausführlich behandelt worden. Unsere Vorstellungen in dieser Resolution wurden von uns nochmals gründlich erläutert und dargestellt. Dasselbe gilt für die Resolution, die auch an Generaldirektor Androsch ergangen ist. Ich wurde laufend informiert über die Gespräche, die die Belegschaftsvertretung mit der Generaldirektion geführt hat. Ich weiß, wie kritisch und schwierig die Situation ist, aber ich glaube,

daß doch wesentliche Punkte gibt, z. B. die Mittelzuführung aus der CA an die Steyr-Werke. Das ist ein Ergebnis, das sicher positiv zu werten ist. Ich glaube, daß man in dem Zusammenhang das sehen muß und ich glaube, daß unsere Resolution doch eine Wirkung gehabt hat. Das möchte ich sehr deutlich sagen und ich glaube ich, daß die Belegschaftsvertreter im Interesse der Belegschaft unter den gegebenen Umständen wirklich alles getan haben, was menschenmöglich war, um den Bestand des Betriebes weiter zu sichern. Das ist eine der Hauptaufgaben, eine der Hauptforderungen von uns gewesen, der Weiterbestand der Steyr-Daimler-Puch AG. Ich habe Vertrauen in die Arbeiter- und Angestelltenschaft, daß dies gemeinsam gelingen wird.  
Seitens der ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Ich glaube, wir alle hier herinnen sind von der Situation in der Steyr-Daimler-Puch AG sehr betroffen und mit tiefer Sorge erfüllt. Das Problem jedes Einzelnen, der mit einer Kündigung zu rechnen hat, ist ein Schicksal für sich. Für ihn, für seine Familie und in weiterer Folge für die ganze Region für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich möchte nicht nach Gründen und nach Schuld suchen. Sicherlich liegt ein Grund meiner Meinung nach darin, daß seit mehr als einem Jahrzehnt in die Verstaatlichte, auch in die Steyr-Werke, mit hineinregiert wurde und nicht immer betriebswirtschaftliche Aspekte an erster Stelle standen. Aber die Situation und vor allem auch die Weltwirtschaft, das muß man offen und ehrlich zugeben, haben maßgeblich zu dieser Situation geführt und nun sind Strukturmaßnahmen zu ergreifen, die auf der einen Seite gewisse Opfer fordern, auf der anderen Seite halt nicht sofort zum Tragen oder zum Greifen kommen.  
Ich glaube, man sollte aber gerade in dieser Situation die Verhandlungen - ich bin hier weder Verteidiger des Betriebsrates, noch des Managements - die zwischen dem Betriebsrat, dem Management und Vertretern von Steyr-Daimler-Puch geführt wurden und zu einem, wie ich glaube, tragfähigen Ergebnis gekommen sind, nicht durch Polemiken und durch nur Forderungen, es darf niemand entlassen werden, es darf nicht reduziert werden, es darf keine Kürzung stattfinden, verhindern:

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir haben doch beschlossen in der letzten Sitzung, daß wir uns wehren, ....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Otto, Du mußt bitte auch einmal konkrete und konstruktive Vorschläge machen. Man kann nicht immer nur fordern, die sollen sich umschauen, daß sie Aufträge hereinbringen, daß sie einen Markt erschließen, daß sie expandieren können usw. Die Situation ist allen bekannt, auch den Betriebsräten und daher haben Sie sich sicher nicht leichten Herzens dazu entschlossen, dieses Verhandlungsergebnis zu erzielen. Das soll man bitte nicht im nachhinein so leichtsinnig torpedieren und sagen, das gibt es nicht.

Ich kann immer verlangen, es darf nichts reduziert werden, es darf nichts geschehen, aber Du mußt auch sagen, wo der Betrieb, wenn er weiter bestehen soll, die Mittel hernehmen soll, um die Gehälter, die Löhne zu bezahlen.

Diese Vorschläge, lieber Otto, die fehlen mir. Ich glaube, wir sollten alle bereit sein und unser möglichstes tun, die davon betroffenen Menschen in Zukunft - unterzubringen. Sicherlich soll man nicht diese Bemühungen, die jetzt im Gange sind, stören, sondern das beste für unsere Steyr-Werke herausholen.

Ich vertrete aber noch eine Auffassung und die möchte ich zum Schluß anklingen lassen. Ich setze mich aber auch voll dafür ein, daß für die schwierige Zeit der Umstrukturierung sowohl Bund, Land als auch der Eigentümervertreter, aufgefordert werden, und immer wieder vehement bekniert von uns, daß sie entsprechende

Mittel - das werden sicher nicht Milliardenbeträge sein - zur Verfügung stellen, um diese harte Phase überhaupt überstehen zu können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Problematik ist äußerst schwierig. Man sollte versuchen, den Arbeitern einmal klaren Wein einzuschenken und sollte ganz klar sagen, was man in nächster Zeit beabsichtigt, welche Strukturmaßnahmen man auf Jahre hinweg setzen will. Wenn man mit dem Arbeiter so umgeht, wie man in der letzten Zeit mit ihm umgegangen ist, so könnte es doch einmal sein, daß man ihn verärgert, und so weit verärgert, daß er sich solidarisiert und diese Politik angreift. Darum würde ich empfehlen, den Arbeitern doch zu sagen, was sie zu erwarten haben und was der Betrieb für die Zukunft vor hat. Wenn wirklich der ganze Betrieb so zerschlagen werden soll, wie es in einigen Kreisen bekannt gemacht wird, so wird wahrscheinlich der Arbeiter noch sehr viele Opfer bringen müssen. Ich kann Kollegen Pimsl sehr gut verstehen, ich glaube, bei den letzten Betriebsratswahlen war ein sehr erfolgreiches Abschneiden von Dir vorhanden. Um die 90 Prozent wurde die SPÖ, mit Dir an der Spitze, gewählt bei den Angestellten. Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß aus der Sicht von einem mit 90 Prozent gewählten Mandatar, dies der richtige Weg ist, der gegangen wird. So lange der Arbeiter nicht versucht, sich so weit zu formieren und so weit seine Gesinnung weiter zu geben, daß er neue Wege schreitet, so lange werden hier keine anderen Wege beschritten werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Ich danke Kollegen Ramoser. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es wurde ja nicht nur heute, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, sondern vor allen Dingen in letzter Zeit sehr viel über die Probleme der Steyr-Werke gesprochen. Auch ich habe mich mehrmals namens der freiheitlichen Fraktion zu Wort gemeldet und kann mich daher heute sehr kurz fassen. Nach wie vor darf ich aber festhalten, meine Damen und Herren, daß an und für sich der Gemeinderat nicht kompetent ist, sich in innerbetriebliche Angelegenheiten der Steyr-Werke zu mischen. Er soll und muß aber, selbstverständlich, wenn Interessen der Stadt vorliegen, sich mit entsprechenden Forderungen an dieses Unternehmen wenden. Nachdem auch ich die Entwicklung der Steyr-Werke im Zusammenhang mit der negativen Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft gesehen habe, habe ich selbstverständlich die Resolution, von der hier sehr oft die Rede war, mit Unterstützung. Ich darf auch, so wie Kollege Treml, mit Bedauern feststellen, daß es nicht möglich war, daß, so wie geplant, diese Resolution von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien - sprich den Fraktionsobmännern - in Wien dem Herrn Bundeskanzler überreicht wird. Ich hoffe aber, daß Bundeskanzler Vranitzky diese Quasi-Zusagen, die er Herrn Bürgermeister und dem Herrn Stadtrat Pimsl gegeben hat, tatsächlich einhält. Ich hoffe nur, daß er tatsächlich etwas übrig hat für unsere Region, für die Gesamtbevölkerung hat er ja außer gewaltigen Erhöhungen nicht viel übrig. Ich möchte sie nicht einzeln zitieren, aber es ist eine ganze Seite. Ich hoffe, daß das nicht für Steyr eintritt und daß er tatsächlich für die wirtschaftlichen Sorgen der Region Steyr, für die wirtschaftlichen Sorgen eines so großen Teiles unseres Staates Österreich ein offenes Ohr hat, damit es in Steyr wieder aufwärts geht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, darf ich meine Wortmeldung abschließen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke. Kollege Eichhübl hat auch ein Thema zur Aktuellen Stunde und ich bitte ihn, gleich beim Rednerpult zu bleiben.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Werte Damen und Herren, viele Bürger unserer Stadt und viele Mandatäre, zu denen gehöre auch ich, wenn ich daran denke, was man eigentlich noch vor einigen Jahren im Wehrgraben vorgehabt hat - blicken doch mit Stolz in diesen Stadtteil, wo seit Frühjahr dieses Jahres und nunmehr mit Verlängerung, die Landesausstellung "Arbeit/Mensch/Maschine" stattfindet. Die Stadt Steyr hat hier wirklich in sehr vorbildlicher Weise Vorsorge getroffen, daß diese interessante Ausstellung - das zeigen ja die Besucherzahlen aus allen Teilen Österreichs und auch aus dem Ausland - überhaupt durchgeführt werden konnte. Ich denke da nur an die Errichtung des Schloßleitenweges, an den Ankauf von Gebäuden und dergleichen mehr. Aber um ein altes Sprichwort anzuwenden, "wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten", der Schatten fällt in diesem Fall auf die in unmittelbarer Nachbarschaft wohnenden Bürger unserer Stadt in der Form an, daß sie gerade zu den Wochenenden, was die Verkehrssituation betrifft, sehr eingeschränkt sind und vor allen Dingen sehr oft ihre eigenen Fahrzeuge nicht mehr dort abstellen können und auch sehr oft nicht einmal in die Nähe ihrer Wohnhäuser gelangen können.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt keine Nachlese halten, denn bekanntlicherweise wird auch die Verlängerung dieser Landesausstellung ihr Ende finden. Aber ich hoffe, und daher mache ich dann Vorschläge, daß es im Wehrgraben weitergehen wird, daß man Mittel und Wege finden wird, im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehrsverband, diesen Stadtteil weiterhin attraktiv zu erhalten und zu gestalten, um Besucher, wie ich vorhin erwähnt habe, aus allen Teilen Österreichs und aus dem Ausland anzusiedeln.

Nun, meine Damen und Herren, kommen meine Vorschläge, die an und für sich, wie ich glaube, der Stadt nicht viel Geld kosten, und auf Sicht gesehen doch sehr sinnvoll und zielführend sein können.

Ich denke daran, daß man mit sehr viel Ausgaben von Steuergeldern an den Stadträndern Parkplätze saniert hat, die sehr wenig ausgelastet sind, im Gegensatz dazu im Stadtteil Wehrgraben ist alles verstopft. Man könnte also durchaus Maßnahmen ergreifen, daß diese sanierten Parkplätze auch tatsächlich ausgelastet sind und man könnte - da komme ich auf eine alte Forderung zurück und Kollege Pimsl hat ja schon ein bißchen ein offeneres Ohr für diese Forderung - einen Citybus einsetzen. Ich verlange ja nicht zwei oder drei, aber das wäre die Gelegenheit gewesen zu beweisen, wie notwendig das auch für unsere Stadt ist, in Unabhängigkeit davon, daß diese Landesausstellung jetzt stattfindet. Aber umso mehr glaube ich, man hätte aber auch wesentlich einfachere Mittel zur Hand, um hier Verbesserungen herbeizuführen. Ich denke nur daran, daß es möglich wäre, durch Markierungsmaßnahmen, beispielsweise im Nahbereich Kohlanger 9 - 14 etwas Ordnung in diese Situation hineinzubringen, denn dort ist es wirklich so, daß sehr viele überhaupt nicht mehr wegkommen, geschweige denn hinkommen, weil die Autos dort kreuz und quer stehen. Es wären also durchaus zielführende Maßnahmen, ohne daß man auch nur einen einzigen Besucher abschreckt, die eine Verbesserung für die dortigen Bewohner herbeiführen würden.

Ich darf Sie daher bitten, weil ich die Auffassung vertrete, daß es im Wehrgraben positiv weitergehen soll, für diese meine Anliegen im Interesse der dort lebenden Bevölkerung ein offenes Ohr zu haben. Ich danke Ihnen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Wippersberger dazu.

**VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landesausstellung geht in wenigen Wochen

zu Ende und ich glaube, es war jedem von uns klar, wer das Gebiet Wehrgraben kennt - ich bin auch ein Kenner dieses Gebietes, da ich ja selbst in diesem Gebiet immerhin 6 Jahre gewohnt habe - daß bei einer so großen Ausstellung wie es die Landesausstellung "Arbeit-Mensch-Maschine" ist, es zu Verkehrsproblemen insbesondere an den Wochenenden kommen wird.

Ich darf sagen, daß die Verkehrsregelungen hinsichtlich der Landesausstellung vom Land Oberösterreich gemeinsam mit der Bundespolizeidirektion und einvernehmlich mit der Stadt durchgeführt wurden. Es wurden auch in dieser Zeit mehrmals Veränderungen herbeigeführt, wobei sich manches dann in der Praxis herausgestellt hat, daß es verbesserungswürdig sei. Es wurde daraufhin auch manches verändert oder verbessert. Was die Parkplätze im Umlandbereich anbelangt, es ist ja erst vor wenigen Tagen ein neuer Parkplatz am rechten Brückenkopf am Bergerweg saniert worden - darf ich sagen, wir versuchen natürlich, daß diese stärker angefahren werden, aber die Leute zwingen, das können wir nicht. Jeder versucht, das ist das Übel, - ich klopfe dabei selbst an meine Brust, ich bin natürlich auch zeitlich oft sehr unter Druck - so nahe wie möglich an den Punkt mit dem eigenen Auto heranzukommen, wo man hin muß. Das ist mit ein Grund, warum es da oft zu Schwierigkeiten kommt.

In wenigen Wochen ist diese große Landesausstellung vorbei. Wir haben vor kurzem den 350.000 Besucher registriert und werden vermutlich nahe an die 400.000 kommen. Ich glaube, das ist ein neuer Besucherrekord in Österreich, was Landesausstellungen anbelangt. Ich glaube auch, daß diese Landesausstellung, was man aus dem Echo der Besucher - ich komme mit sehr vielen Leuten zusammen, die anlässlich der Landesausstellung hier sind - hört, ein so positives Echo hat, daß wir stolz sein können auf unsere Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. ÖVP? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kollege Eichhübl hat uns die Situation im Wehrgraben dargestellt, wie sie in der Höchstzeit der Ausstellung war. Du hast uns mit dem Zitat erfreut "wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten" und Du hast uns Vorschläge für die Zukunft angekündigt, in Wahrheit aber nur Übelstände der Vergangenheit kritisiert. Unbestritten ist, daß die Bevölkerung im Stadtteil Steyrdorf und insbesondere Wehrgraben, Umgebung des Museums, durch den Besucherstrom zur Landesausstellung beschwert war. Ich glaube, wir sagen kollektiv an die Bürger in diesem Stadtteil danke schön für eure Geduld. Wenn es auch manchmal sehr mühsam zurückgehaltene Unmutsäußerungen gegeben hat, aber auch dafür müssen wir Verständnis haben. Das ist zweifellos notwendig und ich denke, das ist jetzt nicht eine Aussage eines einzelnen Politikers in diesem hohen Gemeinderat, sondern die Aussage des Gemeinderates - wir danken Euch, Ihr Wehrgrabler, für Euer Verständnis. Aber in wenigen Wochen ist die Ausstellung vorbei, das hast Du, Kollege Wippersberger, ganz richtig gesagt. Daraus muß man jetzt die ernsthafte Frage ableiten, wie geht es denn in die Zukunft weiter? Was passiert mit dem Wehrgraben, auf den wir jetzt mit Fug und Recht so stolz sind, weil wir dort als Stadt, als Gemeinschaft Signale gesetzt haben. Wie realisieren wir die Signale für unsere Leute in die Zukunft? Bleiben wir auf dem Status des Museums, machen wir aus dem Ganzen wieder ein Museum oder gelingt es uns, Leben hineinzubringen? Momentan schaut es so aus, als gelänge es, momentan erkennen wir mit Freude private Initiativen, auch was die Restaurierung des Althausbestandes betrifft, auch was den Zuzug neuer Wohnbevölkerung betrifft. Haargenau um das geht es, meine Damen und Herren und liebe Freunde. Wenn die Ausstellung für uns als Stadt die Signalwirkung gehabt haben soll, die sie zweifellos hat, dann muß es unser gemeinsames intensives Bemühen sein, in unseren Bürgern Phantasie in die Zukunft dieses Stadtteiles zu wecken. Dann muß es uns gelingen, die Revitalisierung nicht nur des Wehrgrabenbereiches, sondern auch des Stadtteiles Steyrdorf oben drüber in Angriff zu nehmen.

Auch in Zeiten, wo wir mit extremen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Da wird es unsere Aufgabenstellung sein, darüber nachzudenken, wie binden wir Steyrdorf in das wirtschaftliche Leben unserer Stadt ein und nicht, wie binden wir das Ausstellungsgelände zum Stadtplatz an. Wie gelingt es uns, die Verbindung vom Steg, der von allen Gästen unserer Stadt so gelobt wird, so darzustellen, daß es ein Zugang zum Steyrdorf und nicht ein Ausgang zum Stadtplatz ist.

Diese Fragen werden uns in Zukunft sehr massiv beschäftigen müssen. Sicher wird es auch notwendig sein, darüber nachzudenken, ob nicht der City-Bus von allen Fraktionen überlegt wird, wie könnte man das machen. Sicher wird es notwendig sein, daß wir uns auch über den Ringverkehr in dieser engen Altstadt Gedanken machen, zweifellos. Hoffentlich kommt einmal ein Fahrzeug, das auch den Berg hinaufkommt von der Steyr-Daimler-Puch AG. Es ist ja ein Nonsens, daß es so etwas nicht geben kann. Man bedenke doch einmal, wir leben im 20. Jahrhundert, vor 15 Jahren sind die Leute am Mond spazieren gegangen und aus der hohen Steyr-Daimler-Puch AG kommt ein Fahrzeug, das über den Pfarrberg nicht hinauffahren könnte, wenn es voll besetzt ist. Das ist schon ein Punkt, über den wir auch nachdenken müssen. Vielleicht sollten wir als Gemeinde auch an die Steyr-Daimler Puch AG einen Appell richten, Kinder ihr habt doch die Motoren, ihr habt das Fahrzeug, so probiert doch einmal, an Bedarf zu produzieren. Am konkreten Beispiel der Ver- und Entsorgung unserer engen Altstadt, wo die großen Fahrzeuge einfach nicht durch können und wo unsere Bürger fragen, was ist denn mit uns, immer nur die Neubaugebiete? Das ist doch wirklich eine riesige Aufgabe, die wir hier noch zu bewältigen haben, um auch den Althausbestand zu bewahren.

Meine Damen und Herren, wir haben, als die Konservatorentagung hier in Steyr war, Gelegenheit gehabt, unsere Revitalisierungsmaßnahmen darzustellen und haben unerhört großen Zuspruch gefunden von den für den Denkmalschutz in Österreich und in der Umgebung verantwortlichen Menschen. Bei der Gelegenheit hat es den Anschein erweckt, daß eine neue Bundesaktion für die Althausbestandsanierung in Steyrdorf auf uns zukommen wird können. Seien Sie versichert, daß das Präsidium dieser Stadt sehr stark dahinter sein wird, daß dieses Versprechen nicht ein Übleis'sches gewesen sein kann, sondern eine konkrete Fortsetzung in die Zukunft erfährt. Es war recht gut, Kollege Eichhübl, daß Du dieses Thema angeschnitten hast, aber die Vorschläge für die Zukunft, die habe ich bei Dir vermißt. Die werden wir gemeinsam in diesem Gemeinderat erarbeiten müssen, wenn wir unserer Pflicht nachkommen.

Dazu wünsche ich uns alles Gute.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Herr Vizebürgermeister, ich habe schon gesagt, unabhängig von der Landesausstellung müssen wir uns Gedanken machen, wie der Wehrgraben weiter leben kann.

Kollege Ramoser verzichtet, Kollege Treml ebenfalls. Kollege Pimsl möchte als Verkehrsreferent noch einige Worte dazu sagen.

**STADTRAT RUDOLF PIMSL:**

Ich möchte die Sitzung nicht über Gebühr verlängern, muß aber dazu doch einiges sagen.

Wir sind der Bevölkerung dort unten zu Dank verpflichtet, weil sie Geduld gezeigt haben und viel Verständnis. Aber es war auch der

Wunsch der Wehrgrabenbevölkerung, den Wehrgraben zu beleben. Den Wehrgraben kann man halt jetzt nicht ummodellern, um verkehrsgerechte Straßen zu errichten. Es war der allgemeine Wunsch, den Wehrgraben in seinem Bestand so zu erhalten, wie er sich uns bisher angeboten hat, allerdings mit entsprechenden Sanierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen. Das ist das eine.

Ich darf auch hinzufügen, wir haben eine Chance, wir haben wirklich eine Chance. Innerhalb von 7 Jahren, meine Damen und Herren, sind zwei Landesausstellungen in Steyr gewesen und es sind 700.000 Besucher in diesen zwei Landesausstellungen gewesen. Nach der ersten Landesausstellung haben wir einen Dornröschenschlaf gemacht. Ich hoffe, daß der zweite Schlaf nicht kommt, sondern daß wir dank einer agileren und aktiveren Fremdenverkehrsaktivität aus dem, was wir hier an Guthaben erreichen, das auch umsetzen werden können. Zu den Verkehrsmaßnahmen. Wir sollen und müssen, Kolleginnen und Kollegen, - der City-Bus, ich weiß, er ist seit vielen Sitzungen bei uns ein ständiges Anliegen. Auch ich bin der Auffassung, wir sollen experimentieren und wir sollten auch den Mut haben, wenn das Experiment nicht geht, daß wir das aufgeben und vielleicht durch bessere Maßnahmen ersetzen. Aber wir müssen bitte auch zur Kenntnis nehmen, daß solche Experimente Geld kosten. Ich würde es nicht sehr fair finden, vor allem nicht sehr verantwortungsvoll, einerseits Maßnahmen zu verlangen und andererseits solche Maßnahmen zu kritisieren, die nicht das Ergebnis bringen, das wir uns gemeinsam vorstellen. Aber ich bin gerne bereit, ich habe jetzt wieder versucht und der Herr Bürgermeister hat mich beauftragt, in dieser Richtung entsprechende Überlegungen mitanzustellen, daß wir versuchsweise zumindest auf jenen Strecken, die wir glauben, daß wir sie befahren sollten, mit einem City-Bus diesen Versuch starten. Das sage ich von dieser Stelle aus.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nach zwei Stunden Aktueller Stunde möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Probleme wirklich derart aktuell sind, daß wir sie behandeln müssen. Wir sind verpflichtet dazu, denn es betrifft die Situation in unserem Werk. Wir hoffen alle, daß es gelingt, dort wieder eine Aufwärtsbewegung in die Wege zu leiten. Und das zweite ebenfalls sehr aktuelle Thema ist die HTV-Anlage, die hier ebenfalls zu längeren Diskussionen geführt hat. Ich glaube, daß es berechtigt ist, daß wir die Modalität eingeführt haben, in der Aktuellen Stunde diese Probleme ausführlich behandeln.

Ich möchte aber, bevor ich die Sitzung schließe, bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 944.000,- zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen Beschlußfassungen im Ausmaß von S 13,554.000,- gefaßt wurden.

Ich danke für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLEFÜHRER:



Gerda Gysenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

